



DEMOKRATISCHER WIDERSTAND



PROFESSOREN IM WIDERSTAND: Diese Zeitung wird angegriffen, weil sie die wissenschaftlichen Kapazitäten dieser Zeit zu Wort kommen lässt (Seite 3). Hier die akademischen Honoratioren, allein in dieser Ausgabe. Prof. Giorgio Agamben, Prof. Michael Meyen, Prof. Ulrike Guérot, Prof. Rudolf Bauer, Prof. Martin Schwab, Prof. Christian Kreyf.

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 128, Samstag, 8. April 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: **1 Euro für den Verteiler** & 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: BE69 9675 5966 2478
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Rudolph Bauer mit Prof. Giorgio Agamben

HIER GEHT'S LANG. | Die neue Wochenzeitung für Deutschland. | SOUVERÄNE AUFKLÄRUNG FÜR FRIEDEN!

FREIHEIT



Er ist wieder da: Michael Ballweg verlässt strahlend das Gefängnis. Foto: Director Of Corona Reset / Telegram

FÜR MICHAEL BALLWEG

Am 4. April 2023 kam er nach neun Monaten Haft wieder auf freien Fuß: Michael Ballweg, der erfolgreiche Unternehmer, Querdenker und Demokrat.

Im August 2020 hatte er die Millionendemonstrationen in Berlin organisiert und war so zu weltweiter Bekanntheit gelangt.

Am 29. Juni 2022 hatten ihn Polizeitruppen in seinem Zuhause besucht und ihn in den Terrorknast Stuttgart-Stammheim gebracht. Angeblich sollte mit seiner Steuererklärung etwas nicht in Ordnung sein.

Es folgten neun lange Monate Untersuchungshaft. Nach der Vernehmung von Tausenden Zeugen musste die Staatsanwaltschaft die meisten ihrer Verdächtigungen

fallen lassen und erhob Anklage am 23. März 2023, also nach ganzen neun Monaten Gefängnis. Die übrig gebliebenen Anklagegründe reichten dem Haftrichter am 4. April 2023 nicht mehr aus, um weitere Knastqualen zu rechtfertigen.

Am Tag seiner Freilassung versammelten sich spontan aus ganz Deutschland ange-reiste Demokraten vor den Toren des

berüchtigten Gefängnisses und jubelten dem freigelassenen Erfinder des *Freedom Phones* zu. Ein Sieg für die Demokratiebewegung! Doch seltsame Verfahren stehen noch aus.

☞ weiterlesen auf Seite 6

3 VERFASSUNGSFEINDE:
Angriff auf Rechtsstaat,
Grundgesetz
und Menschenrecht

12 HAMBACHER FEST:
Unternehmer Dr. Wolfgang
Kochanek über die
kommende Revolution

14 NEUER MITHERAUSGEBER:
Professor
Rudolph Bauer
im Interview

JETZT AUCH ER!

Seit 2010 wird Journalisten-Legende Julian Assange gefangen gehalten, weil er US-Kriegsverbrechen aufdeckte. Zuletzt verschlechterte sich sein Gesundheitszustand zusehends. Auch für seine Freilassung wird deutschlandweit demonstriert.

☞ Seite 6



NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW128

- Freiheit für Michael Ballweg, Seiten 1, 6
- Tennisstar Novak Djokovic wird Preisträger, Seite 2
- Dr. Köhne: Ein Tag im Herbst 2020, Seite 2
- Angriff auf Wissenschafts- und Pressefreiheit, Seite 3
- Prof. Michael Meyen: Staatsgeld für die Presse?, Seite 4
- Denunziantenstellen nehmen massiv zu, Seite 4
- Anwalt Pankalla: Wie gefährlich war Covid-19 wirklich?, Seite 4
- Polizisten für Aufklärung: Was wir von Moltke lernen können, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- OKV tritt Querfront bei, Seite 7
- Christen im Widerstand, Seite 7
- DW-Verteiler werden, Seite 7
- Firat Polat: »Ich wurde als Mörder beschimpft!«, Seite 8
- Bestandsaufnahme, Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Prof. Christian Kreiß: Kahlschlag am Finanzmarkt, Seite 9
- Prof. Martin Schwab: Das AG Darmstadt und die Killer-Creme, Seite 10
- Motor Mittelstand, Seite 10
- Russische Atomwaffen in Belarus, Seite 11
- Frankreich versinkt im Chaos, Seite 11
- Gänsehaut für die deutsche Revolution, Seiten 12, 13
- Interview mit Lyriker Prof. Rudolph Bauer, Seite 14
- Gedicht: Wenn der Minister, Seite 15
- Sport mit Weltmeister Thomas Berthold, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 128. Ausgabe ab Samstag, 8. April 2023. | Redaktionsschluss war am 6. März. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (LtG.), Ilija Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmairer, Doro Neidel, Torsten Wetzels, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektur:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **UFP** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Rudolph Bauer, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye, Sophia-Maria Antonulas. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwährend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, IBAN: BE69 9675 5966 2478

Wir

Ja!

Republik,
Gewaltenteilung,
Demokratie

Immun gegen
Psychoterror!

Der Preis der Republik geht an Novak Djokovic.
LAUDATIO von Klaus Müller

Die meisten Profisportler sprachen sich von Anfang an für die Gentherapie aus. Einige wenige wie Fußballnationalspieler Joshua Kimmich äußerten zwar Bedenken, knickten dann aber aufgrund des hohen öffentlichen Druckes ein. Einer blieb standhaft – bis heute, obwohl er nach wie vor diskriminiert wird: Tennisstar Novak Djokovic. Ob Medienhetze, Diffamierung, Schikanen – an ihm scheinen sämtliche böse Attacken abzuprallen.

Vor einem Jahr wurde dem Serben wegen fehlender Corona-»Impfung« die Teilnahme an den *Australian Open* verwehrt, er in *Down Under* zur unerwünschten Person erklärt und wie ein Verbrecher des Landes verwiesen. Doch selbst im Frühjahr 2023 findet der Psychoterror gegen den Weltklasse-Tennisstar kein Ende: Bei den *ATP-Masters* in Indian Wells und Miami durfte er nicht antreten: Einreiseverbot! Doch Novak bleibt unbeirrt, lässt sich sein Recht auf körperliche Unversehrtheit nicht nehmen. Auch

künftig möchte er sich nicht der gefährlichen Gentherapie unterziehen. »Das ist der Preis, den ich bereit bin, zu zahlen«, sagt er selbstbewusst. Er wolle die Freiheit haben, wählen zu können, was seinem Körper zugeführt werde. Gesundheit ist ihm wichtiger als Turniersiege.

Sportlich ist der wohl beste Tennisspieler aller Zeiten schon lange für viele ein Vorbild, spätestens seit Verweigerung der »Impfung« ist er es auch in Sachen Standhaftigkeit, mentaler Stärke und Moral. Er hat die Tenniswelt deklassiert – nicht nur auf dem Platz, sondern auch abseits davon in menschlicher und charakterlicher Hinsicht. Er setzte sich einer Hetzkampagne aus, verzichtete auf Erfolg, Ruhm, viel Geld und sagt dennoch: »Ich bereue nichts.«

Das Gute siegt am Ende immer: Obwohl der 35-Jährige zuletzt zwangspausieren musste, eroberte er die Spitze der Tennis-Weltrangliste zurück ist nun wieder dort, wo er hingehört. Vor einem wie ihm kann man nur den Hut ziehen. Respekt und herzlichen Glückwunsch, Novak – auch zu diesem Preis.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN NOVAK DJOKOVIC. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebe, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dollie, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Dabltitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmairer, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérat, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöffbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck.

Und die nächste Bank kündigte unser Konto! Mittlerweile ist es die elfte. Warum machen sie das? Opposition und Regimekritik soll verstummen. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: BE69 9675 5966 2478
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

•••••
: DEMOKRATISCHER WIDERSTAND . DE :
•••••

Ein Tag im Herbst 2020

EINWURF von Werner Köhne

Das Erste, was ein gewisser Herr K. am Morgen macht, nachdem er den Laptop eingeschaltet hat: Er ruft die neuesten Zahlen ab für die einzelnen Länder. Ob Italien, Frankreich, Spanien – die Infektionskurven gehen inzwischen konstant nach unten. Die positiv Getesteten werden auf 300 bis 500 täglich beziffert, die Zahl der Toten schwankt.

Nun gilt es – wie sich Herr K. entsprechend kundig gemacht hat – den R-Faktor für Deutschland abzulesen. Von gestern auf heute ist er von 0,68 auf 1,1 hochgeschnellt – beunruhigend, das hatte sich Herr K. anders vorgestellt. Deutlich verstimmt wechselt er mit nervösen Fingerkuppen auf Youtube, um dort die Aufzeichnung einer Talkshow anzuklicken, in der sich zwei Virologen spinnefeind zuarbeiten. Bei Herrn K. meldet sich der Jagdinstinkt: Wer wird hier die Nase vorn haben? Während dieses Gedankens schießt ihm ein Satz durch den Kopf, der während der ersten Wochen nach dem Lockdown die Fernsehbildschirme ausfüllte: »Wir bleiben zu Hause.«

Unvermittelt hängt sich an diese Schamlosigkeit die Gewissheit: Es ist schon wieder Freitag. Die Zeit scheint wie zusammengepresst in all den aufgestockten Verlautbarungen. Wenn Herr K. seine Befindlichkeit beschreiben sollte, so schwankt sie zwischen einer Gier nach Versicherung, die ihm körperliche Unversehrtheit verspricht, und einer Erwartung, dass sich alles irgendwann mal auflöst – bis dahin aber wird von ihm verlangt, dass er alles richtig macht.

Wie ein fernes Echo aus Vorzeiten kommt ihm dann aber ein Bild in den Sinn: Er steht als *Tramper* an einer Autobahnauffahrt, blickt in den Himmel, wo Wolken auf ihrer sanft schwebenden Wanderschaft von einer Freiheit künden, der unter den Gegebenheiten abgeschworen werden muss.

Er sieht sich verheddert in einem erhitzten Gefühlsszenario aus Gereiztheit und Depression, das ihn wieder zum *Laptop* treibt. Genau genommen – so schießt es ihm unvermittelt durch den Kopf – ist dieses Covid-19-Virus doch human zu nennen bei soviel Nachsicht gegen Menschen, die das Leben noch vor sich haben. Stattdessen – so ein Resümee des Herrn K. – wird dem Erhalt des Lebens alles untergeordnet, selbst das gelebte Leben in seiner wunderbaren Beiläufigkeit.

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS
Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter
+49 (0)162 / 63 60 112

ANGRIFF AUF WISSENSCHAFTS- UND PRESSEFREIHEIT

Nachdem der Münchner Medienwissenschaftler Prof. Michale Meyen klar machte, was für ein Wunder diese Zeitung ist, wollten uns Konzernmedien und der Bayerische Staatsminister loswerden. | Von Hendrik Sodenkamp

Wir sollen mal wieder fertig gemacht werden. Wir waren (und sind) stolz darauf, den großen Journalistikprofessor Michael Meyen als neuen Herausgeber der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* begrüßt haben zu dürfen. Meyen hatte bereits ab 2021 Originalbeiträge für *DW* verfasst, die unser kleines großes Zeitungswunder aus medienanalytischer Sicht einordneten.

Nachdem wir in der 126. Ausgabe des *DW*, zum dritten Geburtstag dieser Zeitung, Prof. Michael Meyen als Mitherausgeber dieser Zeitung nennen durften, startete der Berliner *Blogger* Martin Lejeune und seine Kontakte beim Konzernmedium *t-online* eine Kampagne, die dazu führte, dass der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Markus Blume (*CSU*), Druck auf Meyens Arbeitgeber, die LMU-München, ausübte und der Inlandsgeheimdienst auf uns angesetzt wurde.

Hier ein Brief an Michael Meyen, mit dem wir in dieser Zeit im ständigen Austausch standen, im Wortlaut:

»LIEBER UND SEHR GEEHRTER MICHAEL,

ich möchte noch einmal sagen, wie sehr wir uns freuen, dass Du an unserer Seite bist, und wie sehr es mich zornig macht, was für einen harten Tobak, die *SZ* da loslässt und wie jetzt mir Dir umgesprungen wird. Hier handelt es sich um eine politische Einmischung seitens der Landesregierung in die Wissenschaftsfreiheit. Und auch in die Pressefreiheit, indem man uns als Extremisten darstellt, die wir einfach nicht sind, um Dich verächtlich zu machen; weil Du eine Zeitung (!) mitherausgibst.

NOCH EINMAL ZU UNS:

- Wir tauchen in keinem Bericht des Verfassungsschutzes auf und werden auch nicht offiziell beobachtet.
- Wir drucken seit Ausgabe N° 1 in

Millionenzahl die ersten 20 Artikel unserer Verfassung ab, also auch jene Artikel, die unter Ewigkeitsgarantie stehen.

- Wir (Anselm und ich) standen nie in einem der Berichte des dt. Inlandsgeheimdienstes (VS). Außerdem lehren auch Professoren an Universitäten, die für Magazine und Schriftwerke schreiben, die seit Jahren vom VS ausgespitzelt werden. Hier müssen doch einzelne Personen und konkrete Äußerungen überprüft werden!

- Unsere politischen Forderungen sind seit 28. März 2020 die Einhaltung des Grundgesetzes und des Nürnberger Kodex.

- Darüber hinaus Forderungen, für die beispielsweise eine Helene Wessel (»Mutter des Grundgesetzes«, 1948/49 Zentrumspar- tei, dann *GVP* mit Gustav Heinemann, dann *SPD*) beim Verfassen des Grundgesetzes eintrat: Stärkung der direkten Demokratie, Stärkung der sozialen Grundrechte und eine deeskalierende Friedenspolitik. Das meinen wir mit: Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes. Die Treue zur Verfassung bindet nicht an die Lehre von Unfreiheit.

- Die Franzosen rufen neue Republiken aus, wenn es eben anders nicht mehr geht. Jean-Luc Mélenchon ist dezidiert damit angetreten, die 6. Republik auszurufen und bietet so eine Option neben Macron-Konzern-Klün- gel und dem Front National. Chile arbeitet an einer neuen Verfassung. Die Engländer konn- ten beispielsweise über den Brexit abstim- men, und leben zwar in einer Monarchie aber dennoch nach Ansicht der meisten Menschen in Deutschland relativ frei. Die Schweizer leben mit ihrem politischen System der direk- ten Demokratie laut landläufiger Meinung auch ganz okay. In Artikel 146 GG steht das sogar drin. Was soll also das Skandalisieren und das ständige Schauernmärchen von Adli- gen und dem deutschen Reich?

- Wir halten an Verfassungen als Grundlage gesellschaftlichen Lebens fest, im Gegensatz zur deutschen Regierung, die politische Sonder- gremien erfand (Ministerpräsidentenrunde),



Bayerischer Staatsminister Markus Blume (CSU) lässt oppositionelle Journalisten und Wissenschaftler vom Geheimdienst überwachen. Foto: Wikimedia/ Commons.

die Grundrechte außer Kraft setzte (darun- ter auch die Würde der Menschen, Ewigkeits- klausel) und nachweislich Menschen mit den unwissenschaftlichen und durchaus hinterfrag- baren Maßnahmen schädigte (Söders Aus- gangssperren 2020 waren sogar laut Bayeri- schem Verfassungsgericht unrechtmäßig, wer dankt jetzt den Demokraten, die am GG fest- hielten und dagegen aufstanden?) und dann auch noch mit der Spritze verstümmelte und tötete. Wie viele Menschen müssen sterben, dass man von Massenmord oder Genozid sprechen darf?

- Wir haben ein breites gesellschaftliches Bünd- nis aus allen gesellschaftlichen Bereichen auf- gebaut, als die Regierung mit »dem Notstand spielte«; und sind noch nicht einmal auf die Barrikaden gegangen (wie Willy Brandt es viel- leicht gemacht hätte), sondern haben friedlich demonstriert und eine Zeitung gemacht. Und beides ausdrücklich mit *Demokratie, Gewaltenteilung, Wissenschaftlichkeit, Grundgesetz*, was sogar diejenigen Rechten übernommen haben, die bislang mit dem Grundgesetz und dem Menschenrechtskatalog nichts anfangen konnten. Bitteschön, für diese Oppositionsbe- wegung in der »größten Krise seit dem Zwei- ten Weltkrieg« (A. Merkel)!

- Von Kaisern, Fürsten und dem autoritä- ren Machtwort halten wir nicht viel und haben genau deshalb das autoritäre und übergriffige Gebaren der deutschen Macht- haber (siehe Söder et al.) kritisiert.

- Seit März 2020 sollen überall nur russi- sche Agenten, Nazis und Verrückte unter- wegs sein. Anscheinend kann man sich eher ein wahnwitziges und brutales Ende der Republik vorstellen, als eine ehrliche demo- kratische Neuverständigung.«

Prof. Michael Meyen und wir, Anselm Lenz und ich, entschieden einvernehmlich, dass wir weiter an dieser Zeitung zusam- men arbeiten werden. Wir dürfen nun den großen Bremer Sozialwissenschaft- ler Prof. Rudolph Bauer mit dieser Zeitung als als neuen Mitherausgeber aufführen. Willkommen!

MELDUNG

PROFESSOR BHAKDI UND MWGFD BIETEN LAUTERBACH IHRE EXPERTISE AN

Passau/DW. In einem *ZDF*-Interview versprach Karl Lauterbach (*SPD*) am 12. März, schnellstmöglich ein Forschungs- programm für *Post-Vac*-Patienten in die Wege leiten zu wollen. Die *Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie (MWGFD)* um Professor Sucharit Bhakdi bieten dem Gesundheits- minister in einem offenen Brief nun ihre Unterstützung an: »Wenn das Vorhaben von einer ernstzunehmenden Aufrichtig- keit getragen sein sollte, fatale Versäüm- nisse auszugleichen und sich Impfgeschä- digten endlich anzunehmen, dann wäre es nur konsequent, wenn verantwortliche Politiker die Unterstützung jener Ärzte und Wissenschaftler annehmen, die für ihr Aufklärungsbestreben zwar diffamiert und ausgegrenzt wurden, letztlich aber recht behielten und schon sehr viel Erfahrung auf dem Gebiet der *Post-Vac*-Erforschung und Therapie haben ...« (kmü)

CORONA-»IMPFUNG«: PATIENTEN MÜSSEN WOHL IN VORLEISTUNG GEHEN

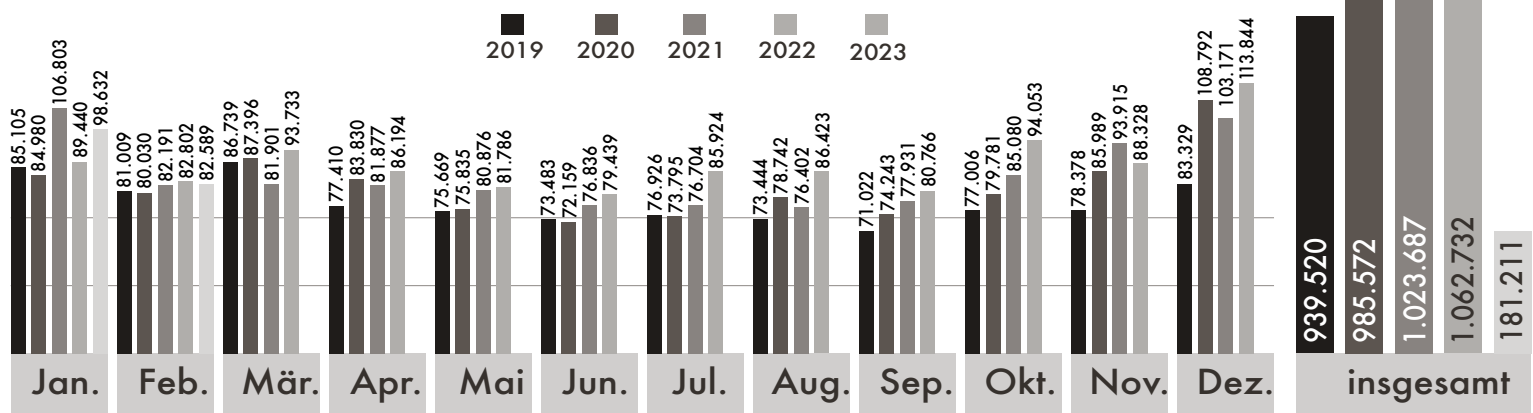
Berlin/DW. Die sogenannten Covid- Schutzipfungen waren für viele Ärz- te ein lohnendes Geschäft: Rund 30 Euro erhielten sie für einen Schuss zusätzlich zur Quartalspauschale für jeden Patien- ten. Nun steigt der Bund zum 8. April aus der Finanzierung der ärztlichen Leistung aus und trägt fortan nur noch die Kosten für den »Impfstoff«. Bei den Verhandlun- gen über die Ärztehonoreare zwischen den *Kassenärztlichen Vereinigungen (KV)*, die die Interessen der Ärzte vertreten, und den Landesverbänden der Krankenkassen gab es bislang noch keine Einigung. Die Ärzte fordern grob eine Beibehaltung der Hono- rare, während die Krankenkassen sich an der Grippe-Impfung orientieren, für die acht Euro gezahlt wird. Die Gespräche sol- len am 14. April fortgesetzt werden. Mög- licherweise müssen Patienten den Pieks zunächst privat bei ihrem Arzt bezah- len, können die Rechnung dann bei ihrer gesetzlichen Krankenkasse einreichen. Eine Erstattung der Kosten sei derzeit aber noch ungewiss. (kmü)

MEDIZINISCHE AUFFÄLLIGKEITEN IN DER SPORTWELT HALTEN AN

Jaroslavl/Córdoba/DW. Die Meldungen über Leistungssportler, die plötzlich und unerwartet versterben oder aufgrund ernst- hafter medizinischer Auffälligkeiten langv fristig pausieren oder ihre Karriere been- den müssen, reißen nicht ab. Nur zwei Vor- fälle von vielen: Der russische Ski-*Freestyler* Pawel Krotow ist im Alter von nur 30 Jahren am 25. März an einer Hirnblutung gestorben. »Er ging ins Bett und wachte nicht mehr auf«, erklärte der russische Cheftrainer Alexander Pongilsky. Ebenfalls am 25. März brach der serbische Fußballer Dragisa Gudelj (Córdoba CF) in der 11. Minute des spanischen Dritt- ligaspiels seines Klubs gegen Racing Ferrol mit Herzstillstand zusammen. Er überlebte, muss sich aber offenbar in Kürze einer Herz- OP unterziehen. Ex-Weltklassemann Sergio Agüero, der aufgrund von Herzproblemen im Dezember 2021, damals noch in Dien- sten des FC Barcelona, seine Karriere vorzei- tig beenden musste, erlitt Ende März live vor der Kamera einen kleinen Herzanfall. (kmü)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde sogar ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.



STAATSGELD FÜR
DIE PRESSE?

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Die Zeitungsverleger lassen nicht locker. Ihr Mantra: »Mach endlich den Weg frei für die Presseförderung, liebe Ampel.« Zwei neue Gutachten rufen: »Unbedingt.« – Om. Zwischen den Zeilen steht das Elend des Journalismus.

Ich hätte auch »Claudia Roth gegen Robert Habeck« als Titel über diesen Artikel schreiben können. Oder »Medienbeauftragte gegen Wirtschaftsminister«. Beide Behörden haben in dieser Woche Papiere veröffentlicht, die sagen: Es ist kein Problem, wenn der Staat die Leitmedien bezahlt.

Die Verleger wissen seit dem Sommer 2020, dass das Tabu direkte Subventionen gefallen ist. Ein Nachtragshaushalt versprach damals 220 Millionen Euro für die »digitale Transformation«, eine Tarnformel, die sagt: Danke, dass ihr das Volk bei der Stange gehalten habt.

Das Geld wurde dann zwar nicht ausbezahlt, weil ein Gerichtsstreit drohte, aber die Lobbyisten hatten Blut geleckt und schnell die Lokalpresse entdeckt. Ohne Steuermittel, heißt es jetzt, können wir eure Botschaften nicht mehr in jedes Haus tragen. Man muss dazu wissen, dass die Verlegerfamilien zu den allerreichsten im Land gehören. Jetzt also betteln beim Staat. Darauf muss man erstmal kommen.

Das Habeck-Ministerium ziert sich und sagt, man sei nicht zuständig. Die Verleger rufen nach dem Kanzler. Viel interessanter als dieser Streit ist aber ohnehin das, was die Gutachten über den Zustand der Presse sagen. In Stichworten: Es gibt weniger Zeitungen als vor zehn Jahren und weniger Redakteure. Die »Breite des Informationsangebots« nimmt folgerichtig ab. Das alles bedroht die »Nachrichtenkompetenz«. Übersetzt: Die Menschen verstehen nicht mehr, was in diesem Land passiert, wenn sie nur ihre Heimatzeitung lesen.

Die Behörde von Claudia Roth hat ihr Gutachten bei einem Ableger des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bestellt. Manche kennen DIW Econ vielleicht aus den Uber Files und wissen deshalb, dass diese Art der Auftragsforschung immer das herausbekommt, was der Sponsor hören will. Das heißt: Die Grünen wollen die Presse auch ganz offiziell zu einem Sprachrohr der Regierung machen. Auch deshalb braucht es Gegenstimmen wie den DW. Auch deshalb braucht diese Zeitung Abos und Spenden.

DER GRÖSSTE LUMP IM GANZEN LAND...

Die Stasi lässt grüßen: Denunziantenstellen nehmen massiv zu

Irgendwann muss doch auch der Letzte endlich aufwachen und merken, wohin die Reise im »besten Deutschland« aller Zeiten geht. Die Deutschen sollen ihre Mitbürger verpetzen. Immer mehr Meldestellen, mal staatlich, mal halbstaatlich, werden dafür eingerichtet. Wenn es das Ziel der Regierung ist, die Gesellschaft weiter zu spalten und zu destabilisieren, dann ist es genau das richtige Mittel. Demokratie braucht keine Denunzianten. Vergleiche zum Stasi-Überwachungsapparat der DDR werden immer weniger abwegig und wirken für viele mittlerweile nahezu harmlos.

Das Land der Dichter und Denker verkommt zunehmend zu einem Land der Denunzianten. Für vermeintlich »sexistisch,

Jetzt Meldeheld:in werden!

Melden Sie Verstöße gegen die Mehrweg-Angebotspflicht!

Hier geht es zum Meldeportal

Auch Greenpeace sucht charakterlose Bürger, die ihre Mitmenschen verpfeifen. Screenshot: greenpeace.de

frauen- und queerfeindlich motivierte« Worte und Taten gibt es die »Meldestelle Antifeminismus«. Auch Verweigerer der gegenderten Sprachverhuzung können hier angeschwärzt werden. Steuerbetrüger kann man nun bequem per App der Finanzministerien anonym anzeigen, Falschparker (am besten mit Beweisfoto) bei der Umwelthilfe. Und auch Greenpeace sucht jetzt Denunzianten, nennt sie allerdings liebevoll »Meldehelden« (Foto). »Diktatoren weltweit ärgern sich, dass ihnen dieser tolle Begriff nicht eingefallen ist«, kommentiert

ein Twitter-Nutzer hämisch. Im entsprechenden Verpetzerportal können »Verstöße gegen die Mehrweg-Angebotspflicht« etwa von Gastro-Betrieben gemeldet werden.

Geschichtsbewusste Bürger oder einfach Menschen, die sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern, werden diese Abarzigkeiten garantiert nicht mitmachen. Denn wie heißt es so schön: Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant. (kmü)

WIE GEFÄHRLICH WAR COVID-19 WIRKLICH?

Der »Offene Hirtebrief« vom 30. Mai 2020 | Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

Am Anfang hatten das RKI und Dr. Drosten das Virus noch als eine milde Grippe bezeichnet, aber im April 2020 wurde es gefährlich. Jeder kann sich an »Die Bilder von Bergamo« erinnern. In der Folge wurde der Bevölkerung immer mehr Angst gemacht – vor allem durch tägliche Meldungen in den Medien über die Infektions- und Sterbezahlen.

Nach einem Jahr, am 31. März 2021, wurde die Pandemie nicht beendet, sie ging in die Verlängerung. Dabei hatte es 2020 keine Übersterblichkeit und auch keine Überlastung des Gesundheitssystems gegeben. Es stellt sich bis heute die Frage: Wie gefährlich war Covid-19 wirklich? Ist Covid-19 gefährlicher als die von durchschnittlichen Grippeviren verursachten Atemwegserkrankungen der letzten Jahrzehnte? Und falls ja, um wie viel? Hier bedarf es einer Reihe von Differenzierungen, z. B. nach Altersgruppen und Regionen. In Deutschland starben nach Angaben des RKI seit 1985 in insgesamt neun Jahren jeweils zwischen 20.000 und 30.000 Menschen an der Grippe. Covid-19 betrifft vor allem Menschen, die bereits die durchschnittliche Lebenserwartung erreicht haben und – rein statistisch gesehen – täglich an Altersschwäche sterben könnten. Zum Vergleich: Verkehrsunfälle treffen dagegen junge Menschen, die

noch das ganze Leben vor sich haben, relativ am härtesten: Bei den 5- bis 29-Jährigen sind Verkehrsunfälle weltweit Todesursache Nummer eins, insgesamt sterben dabei jedes Jahr 1,35 Millionen Menschen.

WIE HOCH WAR
DIE MORTALITÄT?

Die WHO gab für Covid-19 anfangs eine Mortalität von 3,4 Prozent aus. Das wäre der Faktor 34 gegenüber der Grippe: Ein Schreckensszenario, das weltweit laut und bedrohlich durch die Medien ging. Eine der ersten empirischen Untersuchungen, durchgeführt von einem Team um den Virologen Hendrik Streeck, kam auf eine Mortalität von 0,37 Prozent – hoch geschätzt. Eine frühe Studie zu Wuhan kam auf 0,04 bis 0,1 Prozent. Professor John Ioannidis von der Universität Stanford bezifferte die Mortalität in einer frühen Untersuchung mit 0,125 Prozent, in einer weiteren im Oktober 2020 auf 0,23 Prozent und in einer dritten, verbesserten Studie Anfang 2021 auf 0,15 Prozent – das sind von der Grippe nicht weit entfernte Werte. Ungeachtet dieser Erkenntnisse sprach Christian Drosten noch im September 2020 von einem Faktor 16 gegenüber der Grippe – auf Basis einer einzigen Studie aus den USA.

Am 30. Mai 2020 schrieb ich einen »Offenen Hirtebrief« an den für meine Gemeinde Köln

zuständigen CDU-Abgeordneten und Prof. Dr. Heribert Hirte im Berliner Bundestag:

»Sehr geehrter Prof. Heribert Hirte, am 25. März 2020 hat der Deutsche Bundestag festgestellt, dass eine epidemische Lage von nationaler Tragweite besteht. Dies ist die rechtliche Grundlage dafür, dass nach dem IfSG (§§ 32,28) die Grundrechte PER RECHTSVERORDNUNG eingeschränkt werden können. Die Einschränkung der Grundrechte per Verordnung widerspricht dem Gesetzesvorbehalt und dem Parlamentsvorbehalt, diese Grundsätze besagen, dass Grundrechte nur per Gesetz eingeschränkt werden können. In einem absolutistischen Staat konnte der Monarch frei wählen, ob er sich zur Ausübung seiner Herrschaft der Form des Gesetzes, der Verordnung oder des Einzelaktes bediente. Die sogenannte »neue Normalität« muss daher sofort beendet werden. Nach dem Stand von heute (29.05.2020) haben wir nach den Zahlen des RKI einen Infektionsstand von 180.458 – 164.100 (wieder gesund) – 8.450 (verstorben) = 7.908 infizierten Personen, dies entspricht = 7.908 / 83.000.000 X 100 = 0,0095 Prozent der Bevölkerung.

Für mich ist dies keine epidemische Lage von nationaler Tragweite. Ich bitte Sie daher, dass Sie dafür eintreten, dass bei der nächsten Sitzung des Bundestages neu darüber abgestimmt wird, ob wir noch eine epidemische Lage haben oder eben nicht und die Corona-Gesetze damit außer Kraft gesetzt werden, damit wir zur alten rechtlichen Normalität zurückkehren können.«

Prof. Dr. Heribert Hirte schrieb mir zurück und verwies insbesondere auf die »dynamische Lage«, mit der wir es zu tun hätten. Genutzt hat der »Hirtebrief« damals also nichts, aber er ist bis heute ein Beleg dafür, dass unsere Abgeordneten nicht behaupten können, sie hätten von nichts gewusst. Ich habe den Brief nämlich per E-Mail an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestags geschickt. Sie haben trotzdem alles mitgemacht – in voller Kenntnis sämtlicher Zahlen.

Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

ZITAT DER WOCHE

»Wir bräuchten Intellektuelle deren natürlicher Lebensraum nicht der Enddarm der Regierenden ist.«

Gunnar Kaiser



Leuchtturm

ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
ALBSTADT: Sonntag 14.00 • Zollernalbkurier • Bürgerturmplatz
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburg. Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BERLIN: Donnerstag 13.00 • ZDF Hauptstadtst. • Unter den Linden 36
BERLIN: Donnerstag 14.00 • ARD Hauptstadtst. • Wilhelmstr. 67a
BESIGHEIM: Montag 19.00 • NeckarEnzBote • Bahnhofstr. 8a
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
CUXHAVEN: Sonntag ab 15 • Cuxhaven Nachr. • Kaemmererplatz 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung An der Friedensglocke
DORNBIRN: (A) Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus
• Rudolf v. Bennigsen Ufer 22
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFF • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KOBLENZ: Montag 19.00 • Rheinzeitung • Clemensplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Rundfunk • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
POTS DAM: Donnerstag 17.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St. Johanner Markt
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
TÜBINGEN: Dienstag 17.15 • Schwäb. Tagblatt • Neckarbrücke
ÜBERLINGEN: Montag 18.00 • Südkurier • Hofstatt
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Oberer Markt

IMMER MONTAGS!

AALEN, 18:30 Uhr, Marktplatz Aalen –
ADLKOFEN, 18:30 Uhr, am Rathaus – ALFDORF,
18 Uhr, am Rathaus – ALTLANDSBERG, 18 Uhr,
am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr,
am Schloss – BAD FRANKENHAUSEN, 18 Uhr, am
Parkplatz Therme – BERLIN-KARLSHORST, 18:30
Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTEN-
BERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CLOPPENBURG,
18 Uhr, am Rathaus – COTTBUS, 18 Uhr, an der
Stadthalle – CRAILSHEIM, 18 Uhr, am Volksfest-
platz – DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz –
DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DETTEN-
HAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – ECKERNFÖRDE,
18 Uhr, an der Holzbrücke am Hafen – EICH-
STETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLERAU, 18
Uhr, am Bürgerhaus – FEUCHTWANGEN, 18 Uhr,
am Kirchplatz – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am
Verbandsgemeindehaus – GANGKOFEN, 19:30
Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am
Wasserturm – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt –
KLECKEN, 18 Uhr, am Rewe Parkplatz – KUPPEN-
HEIM, 18 Uhr, am Rathaus – LADENBURG, 18
Uhr, am Marktplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am
Marktplatz – TAMM, 18 Uhr, am Rathaus.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!

ÜBER 700 MOTIVE!
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER
WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 8.4.2023 17:20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 8.4.2023 11:15 Uhr	Brandenburg an der Havel, Katharinenkirchplatz	Schilderdemo
Sa, 8.4.2023 13:16:50 Uhr	Berlin, Freienwalder Str. 15/ ggü. Gedenkstätte Hohenschönhausen	Autokorso
Sa, 8.4.2023 11:14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 8.4.2023 14:19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 8.4.2023 15:18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 8.4.2023 15:18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 8.4.2023 15:16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 8.4.2023 14:30:18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 8.4.2023 15:30:18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 8.4.2023 15:17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 8.4.2023 16:19 Uhr	Salzwedel, Rathausurplatz	Spaziergang
So, 9.4.2023 18:20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 9.4.2023 14:30:17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 10.4.2023 19:20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 19:20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 19:21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 19:20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 19:21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:30:21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 12:14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 10.4.2023 18:30:21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 10.4.2023 16:18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 10.4.2023 19:21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 10.4.2023 17:20 Uhr	Darmstadt, Ludwigplatz	Mahnwache
Mo, 10.4.2023 19:21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 10.4.2023 18:30:19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:30:21 Uhr	Githorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:30:21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 10.4.2023 19:21 Uhr	Greifswald, Mühlenort	Demo
Mo, 10.4.2023 19:21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:30:20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 19:21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:30:20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:19 Uhr	Leipzig, Pestalozzistr. 10	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 19:21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:30:21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 19:20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 19:21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:30:20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 10.4.2023 19:21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 16:30:17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 19:21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 10.4.2023 18:21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:45:20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 17:19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 10.4.2023 18:21 Uhr	Stralsund, Olaf-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 10.4.2023 18:19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Tettmang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:30:21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:30:20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 17:30:19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 10.4.2023 18:21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 10.4.2023 19:20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 10.4.2023 18:20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 10.4.2023 19:21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 11.4.2023 18:21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 11.4.2023 18:20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 11.4.2023 18:20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 11.4.2023 19:21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinstraße 6-8	Spaziergang
Di, 11.4.2023 19:21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 12.4.2023 19:21 Uhr	Geiso, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 12.4.2023 17:19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 12.4.2023 19:21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 12.4.2023 18:21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 12.4.2023 19:21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 12.4.2023 18:19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 12.4.2023 19:20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 12.4.2023 19:20:30 Uhr	Schulzenhof, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 12.4.2023 18:21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 13.4.2023 18:21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 13.4.2023 17:30:18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 13.4.2023 18:21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 13.4.2023 15:18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr.8	Mahnwache
Do, 13.4.2023 17:30:19 Uhr	Hanau, Großaheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 13.4.2023 19:21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 13.4.2023 18:30:21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 13.4.2023 17:18:30 Uhr	Rostock, Brunnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 13.4.2023 19:21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 14.4.2023 18:20 Uhr	Raestfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 15.4.2023 17:20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 15.4.2023 15:19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 15.4.2023 15:18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 15.4.2023 13:18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 15.4.2023 14:18 Uhr	Freiburg, am Konzerthaus	Fahrraddemo
Sa, 15.4.2023 13:18 Uhr	Göttingen, Bahnhofplatz	Kundgebung
Sa, 15.4.2023 18:20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 15.4.2023 15:15:17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 15.4.2023 14:18 Uhr	München, Odeonsplatz	OSTERDEMO
Sa, 15.4.2023 15:30:18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 15.4.2023 15:17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 16.4.2023 18:22 Uhr	Bruchsal, Bürgerzentrum(Seminarraum 1)	Podiumsdiskussion
Sa, 16.4.2023 11:18 Uhr	Karlsruhe, am Schloß Rüppurr	Osterfriedensmarsch
Mo, 17.4.2023 18:22 Uhr	Bruchsal, am Marktplatz/Rathaus	Kundgebung und Umzug
Di, 18.4.2023 9:16 Uhr	Erfurt, auf dem Willi-Brandt-Platz	Gerichtsverhandlung von Weimarer Richter Dettmar
Mi, 19.4.2023 18:30:21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Sa, 29.4.2023 15:18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Mo, 1.5.2023 13:19 Uhr	Berlin, Bhf-Gesundbrunnen	Demo
Mi, 3.5.2023 18:20 Uhr	Heidelberg, Schwannenteichanlage	Demo
Sa, 6.5.2023 14:17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.

Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> + NEWSLETTER ABONNIEREN

»FREIHEIT FÜR MICHAEL BALLWEG«

Fortsetzung vom Titel | Von Hendrik Sodenkamp

Noch ist das letzte Wort im Fall »Der Staat gegen M. Ballweg« nicht gesprochen, wobei es sein könnte, dass es trotz der monatelangen Haft überhaupt nicht zu einem Verfahren kommt. Erst nach dem 23. April 2023 wird laut Angaben von Ballwegs Anwälten darüber entschieden, ob es zu einer Hauptverhandlung kommt, und falls ja, wann diese stattfindet.

In seinem ersten Interview nach der Freilassung betonte Ballweg, dass er sich für die Freilassung weiterer politischer Gefangener, die wegen ihres Einsatzes für den Rechtsstaat und das Menschenrecht in Deutschland hinter Gittern sitzen, einsetzen wolle. Die für Ballwegs Freilassung ange-setzte Demo am 16. April 2023 bei Stuttgart-Stammheim wird, obwohl er freigelassen wurde, genau deshalb stattfinden. Start ist um 14 Uhr am Kornwestheimer Marktplatz mit einem Umzug und Friedensfest vor dem Terrorknast Stuttgart-Stammheim.

Nur zwei Tage später wird ein weiterer Justizskandal mit Demonstrationen begleitet. Am 24. April 2023 wird der Fall des Weimarer Amtsrichters und Preisträgers der Republik, Christian Dettmar, am Landgericht Erfurt (Juri-Gagarin-Ring 105-107) verhandelt. Hierbei werden Demokraten vor dem Gericht demonstrieren und ein Zeichen für den Rechtsstaat setzen. Der Beginn der Verhandlung und damit der Demonstration wird laut örtlichen Demokraten rechtzeitig bekannt gegeben.

Nur noch Demos gegen Repression? Natürlich nicht! Am 17. Juni 2023, zum 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR, findet in Dresden eine Großkundgebung statt und der Weg zur Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes nimmt einen weiteren, bedeutenden Schritt. Denn: Die Demokratiebewegung ist noch nicht am Ziel.



Im bayerischen Amberg gehen die Menschen jeden Montag auf die Straße. Foto: privat



OKV TRITT QUERFRONT BEI

Die nationale Verständigung von links und rechts für den Frieden nimmt weitere Formen an. Das ostdeutsche Kuratorium mit Verbänden (OKV) lud am 27. März zu einem zuvor geheim gehaltenen Kongress in das Neues-Deutschland-Gebäude in Berlin ein. Am Ende des Kongresses, an dem DW-Autor Rainer Rupp neben vielen weiteren Funktionsträgern der DDR teilnahm, stand eine bedeutende Resolution mit dem Bekenntnis zur Querfront für den Frieden. DW gibt diese im Folgenden Wortlaut wieder. Titel: »Dialog statt Waffen – Frieden mit Russland!«

Wir, die Teilnehmer unseres heutigen Forums, rufen alle friedliebenden Menschen auf, sich unserem Protest gegen den Krieg und für einen gerechten Frieden anzuschließen. In der großen Gefahr, in der sich aktuell unsere Völker befinden, haben wir keine Zeit mehr, uns über parteipolitische Differenzen und unterschiedliche gesellschaftspolitische Orientierungen zu streiten. Stattdessen müssen wir uns auf das konzentrieren, was uns eint!

Die Zukunft unserer Kinder und Enkel und die Erhaltung menschlichen Lebens auf unserer Erde erfordern, dass Deutschland und seine Wirtschaft nicht einer Politik westlicher »regelbasierter Ordnung« zum Opfer fallen, die Russland »zerstören« will und sich auf einen Krieg gegen China vorbereitet.

USA und NATO stehen mit ihrer militärischen Macht an den Grenzen Russlands, rüsten Taiwan gegen China auf und bedrohen so die Sicherheit der Russischen Föderation und der Volksrepublik China. Begleitet wird diese Politik von Wirtschafts-, Finanz- und Medienkriegen, völkerrechtswidrigen Sanktionen und Falschinformationen, verbunden mit Abbau von Demokratie und Meinungsfreiheit.

Doppelmoral kennzeichnen die »regelbasierte Weltordnung« des Westens. Sie ist in Wahrheit imperiale Kriegspolitik unter Führung der USA. Dafür entrichten die Völker Blut und verlieren die hart erkämpften sozialen Errungenschaften. Seit 1999, dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Restjugoslawien, mandatieren sich die USA ihre Kriegseinsätze gemäß ihrer sogenannten »regelbasierten internationalen Ordnung« selbst.

Auch der Krieg in der Ukraine, langfristig geplant und spätestens 2014 begonnen, steht uns täglich vor Augen. Deutschland trägt als Kriegspartei mit Waffenlieferungen, Geld und militärischer Ausbildung an vorderster Front zur weiteren Eskalation dieses Krieges bei. Es rüstet auf, macht die Bevölkerung kriegsreif und verfolgt Friedensaktivisten. Mit Hass und Hetze schürt es die Feindschaft gegen Russland. Die Regierung verstößt gegen ihren Amtseid [Artikel 56 GG, »...Wohle des deutschen Volkes widmen, ...Schaden von ihm wenden«] verletzt die wichtigste Verpflichtung des Grundgesetzes: das Friedensgebot [Art. 26GG]. Diese Politik führt in einen Weltkrieg, der keine Sieger kennen wird.

DESHALB

erheben wir unsere Stimme, um die Kriegsspirale zu stoppen, protestieren wir gegen die deutsche Unterstützung zur Verlängerung des Krieges und fordern wir ein Ende dieses Kriegskurses durch einen gerechten Frieden, der die Sicherheit Russlands und eine friedliche antifaschistische Ukraine ohne NATO garantiert.

Warten wir nicht, bis es wieder zu spät ist! Wir sehen unsere Veranstaltung eingeordnet als weitere Stimme für den Frieden, damit sie stärker wird und Kraft in der Breite gewinnt. Berlin, den 27. März 2023.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensurbar.

- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.



BUSINESS AS USUAL?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Dr. Günther Riedl

Mit dem Karfreitag 2023 verliert der C-Virus seine bestimmende Bedeutung, alle Masken dürfen ab. Drei Jahre zuvor war der Virus so mächtig, dass Gottesdienste an den höchsten Festen der Christenheit erstmals verboten wurden. Fast alle Kirchen machten mit, um die Gesundheit – höchstes Gut? – nicht zu gefährden und der Regierung – höchste Instanz? – untertan zu sein.

»Jesus spricht: Wer zu mir kommt, den werde ich nicht abweisen«, so hieß 2022

die Losung der Kirchen, für deren Zutritt die Aussage oft mit dem Halbsatz »sofern er getestet, geimpft oder genesen ist«, eingeschränkt wurde. Die Achtung des Infektionsschutzes vor der Achtung des Menschen. Nun machen die Kirchen *business as usual*, als wäre nichts gewesen und als käme nichts mehr. Doch was hat Jesus über die Endzeit gesagt? Er sprach von Wehen, die der neuen Welt vorausgehen. Nun haben es Wehen an sich, dass Pausen eintreten. Dann so zu tun, als sei man gar nicht schwanger, ist töricht. Die nächste Wehe kommt bestimmt, die Pausen werden kürzer und die Wehen stärker. Jesus vergleicht die Zeit vor seinem Wiederkommen mit der Zeit Noahs. Was war da los? *Business as usual*, als wenn nichts käme. Nur Noah mit seinem Gehämmere störte den Frieden.

Business as usual ist mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nicht zu machen. Ende Mai 2023 will sie auf ihrer Generalversammlung nichts weniger beschließen als die Entmachtung der Regierungen. Internationale Gesundheitsvorschriften könnten dann schon erlassen werden bei »potenziellen Gefahren«, deren bloße Behauptung willkürliche Maßnahmen auslösen. Pandemie-Eingreiftruppen sollen berechtigt sein, die Anordnungen zu überwachen. Die Prinzipien

der »vollen Achtung der Würde, der Menschenrechte und Grundfreiheiten der Menschen« sollen gestrichen werden. Corona-Diktatur und -Zensur waren der gelungene Aufgalopp. Die World Health Organisation ist nun dabei, zur World Hell's Organisation zu werden. Wer sich nicht darauf einstellt und uninformatiert bleibt, wird uninformatiert mitmachen. Sind Sie bereit, gegen den Strom zu schwimmen? Für Störenfriede wie damals Noah ist Ausgrenzung angesagt. Wer nicht beizeiten den aufrechten Gang, sondern bei gefühltem Bedarf das Wegducken geübt hat – wird er standhaft sein, wenn der Druck stärker wird?

Jesus fordert die zur Einsicht auf, die sich in den letzten Jahren angepasst haben (Mt. 24,4): »Seht zu, dass euch niemand verführt!« Das heißt: Beurteilt die Zeichen der Zeit nüchtern!

Wer widerstehen will, braucht einen festen Stand. Wo ist der zu finden? Bei Jesus, der Arche Gottes für uns. Karfreitag bedeutet: Jesus starb für Dich. Suche Jesus und sein Licht, alles andere hilft Dir nicht!

Dr. Günther Riedl war bis 2020 als Kinderarzt in Uelzen tätig, seitdem ist er aktiv als Christ im Widerstand.

BESTANDS-
AUFNAHME



DIE JOURNALISTEN UND MEDIENENTWICKLER KAYVAN SOUFI-SIAVASH (KENFM, APO-LUT.NET) UND ANSELM LENZ (DW-ZEITUNG, DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE) IN DER BESTANDSAUFNAHME.

Weißrussland und das Gedenken von Chatyn
28. März 2023. Drei Jahre Demokratiebewegung
s'il vous plaît! Darfs sonst noch was sein?
Meinungsfreiheit: Nur noch per Gerichtsbeschluss?

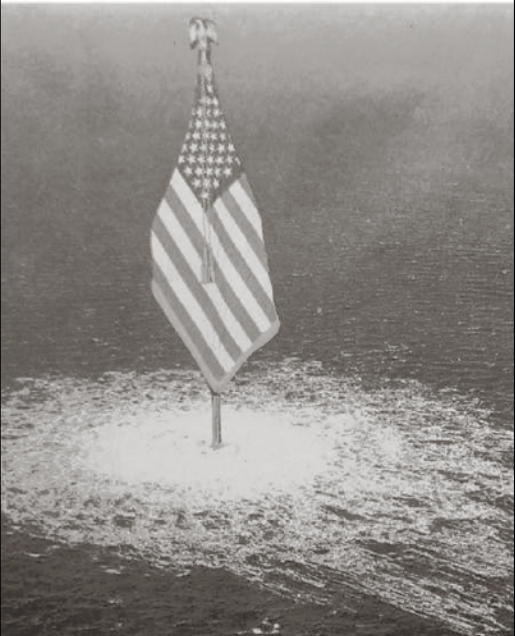
A.L.: Die treibende Kraft hinter dem Corona-Regime war noch mehr die CDU als die SPD. Auch bei der Kriegstreiberei sind sie noch weiter vorn. Die CDU ist ja die von den Alliierten lizenzierte Partei schlechthin, um mit ihr das NSDAP-Potential für die BRD, die sogenannte Westintegration, also die Nato und die Wiederbewaffnung nutzbar zu machen.

K.S.S.: In der NSDAP war ja der Rassenhass gegen Russen und gegen Slawen generell kulminiert. Den könnte man ja auch heute noch brauchen. Das war ja super in der McCarthy-Ära, dem Kampf gegen den Kommunismus. Dafür hatten die Braunen sozusagen eine gute DNA, die das US-System in Deutschland mitverwerten wollte. Ich sage nur Gehlen und Neue Heere Ost. Der Geheimdienstchef der Nazis gründete erstmal die Organisation Gehlen und dann den BRD-Geheimdienst BND. Man hatte da keine Berührungsgänge.

A.L.: Ja! Du bringst es satirisch auf die Formel. So ist das, obwohl die CDU jetzt kein Wiedergänger der NSDAP ist. Aber in die ist alter Wein in neue Schläuche abgegossen worden, um aus Sicht des US-Imperiums ein genießbareres Gebräu zu bekommen. Das ist weitgehend gelungen (erklärt aber die heutige fanatische Angst vor der AfD aus Sicht der Besatzer; ale). Sind es also Grüne und Linke, die die Corona und den Krieg gemacht haben? Nein, nicht allein, es fragt sich bei allen politischen Farben, wieso sich das kritische Potential hat so gleichschalten lassen ...

K.S.S.: Politik ist einfach Intrige, das ist Machiavelli. Das wollen viele nicht wahrhaben. Auf dem Weg nach oben verändern sich alle. Macht verändert, absolute Macht verändert absolut. Wir haben das mit den Grünen gesehen. Aber das passiert bei allen Parteien. Man muss sich fragen, ob Parteien nur noch Korruptionsmaschinen sind und ob es noch etwas anderes geben muss außer den Parteien? Die Antwort kennen wir beide.

Mehr Bestandsaufnahme über [Apolut.net](https://apolut.net) sowie [DemokratischerWiderstand.de/Presseklub](https://demokratischerwiderstand.de/Presseklub)



»Wir schaffen das!«, kündigte US-Präsident Joe Biden an.
Bildmontage: Prof. Rudolph Bauer

»Ich wurde als Mörder beschimpft!«

Der Stuttgarter Fitnessstudio-Betreiber Firat Polat verweigerte sich den wahnwitzigen Corona-Maßnahmen. Und er kämpft weiter – auch vor Gericht.

DW: Herr Polat, bitte stellen Sie sich zunächst selbst vor!

Firat Polat: Ich bin 39, Sport- und Gymnastiklehrer, seit 14 Jahren selbstständig. Ich habe 2009 in Stuttgart mein erstes Fitnessstudio eröffnet, 2015 kam in Frielzheim ein zweites dazu. Beide laufen unter dem Namen *Fitpol*. Als das Corona-Märchen begann, fühlte ich mich an die Schweinegrippe erinnert. Ich sah ein Video von Sucharit Bhakdi, in dem er erklärte, wie ungefährlich Corona-Viren sind. Als dieses wenige Tage später gelöscht und er heftig diffamiert wurde, war mir sofort klar: Hier ist was faul.

DW: Wie ging es für Sie weiter?

F.P.: Kurz vor dem zweiten *Lockdown* rief ich andere Unternehmer und Einzelhändler dazu auf, die Maßnahmen zu boykottieren. Mein Motto lautete: Schluss mit der *Fake-Pandemie*! Ich erhielt viel Zuspruch, doch leider wollte niemand mitmachen. Mein Anwalt sagte mir: Ich könne öffnen, aber man würde mir noch am selben Tag die Studios wieder zumachen. Eine Erfolgsaussicht hätte nur bestanden, wenn sich mir viele angeschlossen hätten. Auch bei 2G und 3G habe ich nicht mitgemacht, ließ die Mitglieder »ungeimpft«, ungetestet und ohne Maske trainieren.

DW: Welche Folgen hatte das für Sie?

F.P.: Die Behörden tauchten insgesamt drei Mal bei mir auf. Ich habe denen ins Gewissen geredet, ihnen erklärt, dass die Maske schädlich ist und wir bei der Spaltung und Diskriminierung nicht mitmachen dürfen. Es gab kleinere Bußgeldstrafen. Die »Impf«-Nachweise haben sie sporadisch kontrolliert, jedoch nur bei Mitgliedern, die »geimpft« waren. Mir kam es ohnehin so vor, als hätten die Beamten nicht hinter den Maßnahmen gestanden und deshalb auch niemanden erwischen wollen.

DW: Welche Reaktionen erhielten Sie von Ihren Mitgliedern?

F.P.: Insbesondere in meinem Studio in Frielzheim warfen mir einige vor, ich wäre verantwortungslos, sie schwärzten mich bei



Auch als Demo-Redner aktiv: Firat Polat wurde wegen Volksverhetzung angeklagt und verurteilt, legte aber Revision ein. Foto: Privat.

den Behörden an, kündigten ihre Verträge. Ich wurde sogar als »Mörder« und »Asozialer« beschimpft. Weil ich dort bis zuletzt eine negative Energie verspürte, habe ich das Studio Ende März verkauft. Was positiv ist: Es kam auch ein Dutzend Mitglieder neu hinzu. Sie kannten meine Ansichten aus den sozialen Medien und wollten mich unterstützen.

DW: Sie mussten sich bereits vor Gericht verantworten. Warum?

F.P.: Auf einer *Pflegekräfte-stehen-auf-Demo* hielt ich am 22. Januar 2021 eine Rede, an deren Ende ich die anwesenden Polizisten direkt ansprach. Ich fragte sie, ob es in Ordnung sei, dass sie friedliche Demonstranten, die »Friede, Freiheit, keine Diktatur« skandieren, mit Pfefferspray attackieren und niederknüppeln? Ich verglich ihr Handeln mit dem ihrer Berufskollegen vor 80 Jahren und fragte sie: Wo ist eure Grenze? Wann fangt ihr an, eure Befehle zu hinterfragen? Am 19. Dezember 2022 wurde ich wegen Volksverhetzung schuldig gesprochen, mir eine Geldstrafe in

Höhe von 65 Tagessätzen à 100 Euro aufgebürdet. Ich habe aber Berufung eingelegt, ziehe nun vors Oberlandesgericht.

DW: Kennen Sie in Ihrem Umfeld Menschen mit Impfschäden?

F.P.: Ein Freund von mir, 47, erlitt im März kurze Zeit nach seinem *Booster* in meinem Studio beim Training einen Herzanfall. Im Krankenhaus wurde ihm ein *Stent* eingesetzt. Auch ein weiterer Kumpel, 33, kämpft seit den Spritzen mit einem Herzschaden. Ein enger Freund meines Bruders, 46, bekam ein Blutgerinnsel im Kopf, ist seit acht Monaten berufsunfähig. Alle drei bereuen die »Impfung« sehr.

DW: Was erwarten Sie von der nahen Zukunft?

F.P.: Ich bin mir sicher: Der *Great Reset* wird scheitern. Die Mächtigen werden mit ihren Lügen nicht durchkommen, ihre Gier wird ihnen zum Verhängnis. Wir im obrigkeitshörigen Deutschland brauchen noch etwas Zeit. Noch geht es den meisten zu gut. Aber das Vertrauen in die Politik schwindet immer mehr. Und je absurder die Verordnungen und Gesetze werden, desto besser ist es für den Widerstand. Ich hoffe auf eine neue *Fake-Pandemie* im nächsten Winter. Spätestens dann wird die große Masse erwachen und die Maßnahmen nicht nochmal mitmachen. Dann werden wir die Regierung stürzen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

DW: Herr Polat, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Klaus Müller.

Briefe an die Redaktion

PROZESS GEGEN RICHTER
DETTMAR BEGINNT AM 24. APRIL

Liebe Redaktion, mit Freude habe ich gelesen, dass Richter Christian Dettmar der *Preis der Republik* verliehen wurde. Mein Anliegen ist, darauf aufmerksam zu machen, dass das Strafverfahren gegen ihn wegen Rechtsbeugung am 24. April 2023 vor dem Landgericht Erfurt beginnen wird. Ist es möglich, im *DW* darauf hinzuweisen und darum zu bitten, dass Menschen, die sein mutiges und aufrichtiges Handeln schätzen, sich an diesem Tag vor dem Landgericht Erfurt (Juri-Gagarin-Ring 105-107) versammeln könnten? Da ich selbst als Zeugin geladen bin, kann ich keine Demo organisieren, gebe es aber noch an die Basis (Landesverband Thür) weiter. Ganz herzliche Grüße und danke für Eure jahrelange Arbeit! Ich lese den *DW* seit 2021 und bin froh, dass es diese Zeitung gibt.

– Christiane Dietrich, Weimar

ES MUSS ZUSÄTZLICH ZUM PROTEST
AUF DER STRASSE NOCH MEHR GESCHEHEN

Hilfreich in Eurer Zeitung ist für mich, wenn ich erfahre, wie andere Widerständler mit ihrer Frustration umgehen, z. B. indem sie Briefe an Politiker schreiben. Der Leserbrief von Reinhard S. hat mich neu motiviert, es ihm gleich zu tun. Ich habe dem Bundeskanzler auch geschrieben. Der Leser hat recht: Es muss zusätzlich zum Protest auf der Straße noch mehr geschehen.

So wird unsere Zukunft aussehen: Die Renten und Löhne stehen nicht mehr im Verhältnis zur galoppierenden Inflation, der Wohnraum ist knapp und für viele nicht bezahlbar, die steigenden Energiepreise treffen die Wirtschaft und verteuern weiter die Konsumgüter.

Ich schäme mich für Deutschland und für unsere Politiker. Ich hätte nie gedacht, dass es möglich sein wird, unser Land so herunterzuwirtschaften und kriegslüstern auf

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

weitere Zerstörung von Menschenleben zu bestehen. Vielen Dank für Eure wertvolle Arbeit. Herzliche Grüße insbesondere an Nadine Strotmann: Ihr »Weekly Wahnsinn«, den ich immer als Erstes lese, klang in *DW* 123 etwas bedrückt.
– Irene G., Kassel

AUF DEM SCHIRM

✉ RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

📡 t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

📷 instagram.com/demokratischerwiderstand

📘 [facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung](https://facebook.com/DemokratischerWiderstandZeitung)

📺 [youtube.com: Demokratischer Widerstand](https://youtube.com/DemokratischerWiderstand)



«The world puts its stock in us», dt. sinngemäß: Wir bestimmen das Schicksal der Welt. Bildmontage: Feuerstacke/DW. Fotos: Commons

Kahlschlag am Finanzmarkt

**Weltweit durchschlagende Krisen starten traditionell in den USA.
Eine Analyse der dortigen Wirtschaftslage von Wirtschaftsprofessor Christian Kreiß**

Angesichts der derzeitigen Aktien- und Bankenturbulenzen stellt sich zunehmend die Frage, ob außer den Bond- auch die Aktien- und Immobilienmärkte überbewertet sind und daher eine Bereinigung an den Kapitalmärkten ansteht? Mein Fokus legt sich im Folgenden auf die Entwicklungen in den USA.

Im Folgenden soll auf den *S&P 500* eingegangen werden, den wohl weltweit wichtigsten Aktienindex, der die Aktien von 500 der größten börsennotierten US-Unternehmen umfasst. Allein die beiden dort gelisteten Unternehmen *Apple* (2.457 Milliarden US-Dollar) oder *Microsoft* (2.043 Milliarden Dollar) kosteten Mitte März 2023 jeweils mehr als alle 40 *DAX*-Unternehmen zusammen (gemeinsame Marktkapitalisierung von etwa 1.500 Milliarden Euro). Das zeigt recht anschaulich die realen Markt- und Kapitalmachtverhältnisse zwischen den beiden Ländern.

APPLE UND MICROSOFT: JEWEILS MÄCHTIGER ALS GESAMTER DAX

Ein guter Indikator dafür, ob eine Überbewertung vorliegt oder nicht, ist das sogenannte Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) oder *Price-Earnings-Ratio* (PE). Im Zähler steht der momentane Aktienkurs, im Nenner sind die Gewinne der letzten 12 Monate. Die Kennzahl beantwortet die Frage: Wie viele Jahre lang müsste das Unternehmen den derzeitigen Gewinn pro Aktie erwirtschaften, damit der heute bezahlte Aktienpreis wieder hereingeholt wird?

Das PE des *S&P 500* liegt derzeit bei 21. Der Durchschnittswert der letzten 150 Jahre lag bei 16, der Median bei etwa 15. Gemessen an Median und Durchschnitt ist der *S&P 500* also derzeit um etwa ein Drittel teurer als in der Vergangenheit. Anders ausgedrückt: Man muss heute, um sich einen Dollar Gewinn zu sichern, ein Drittel mehr für US-Aktien bezahlen als in den letzten 150 Jahren. Die Aktienkurse sind also derzeit mit knapp einem Drittel weniger Gewinnen unterlegt als in der Vergangenheit. Das sieht zwar nach einer Überbewertung aus, wirkt aber nicht besonders dramatisch. Ein PE von 21 gab es in der US-Börsengeschichte schon oft, vor allem in den letzten 20 Jahren war das eher die Regel als die Ausnahme, ohne dass

gleich ein *Crash* passiert wäre. Anders sieht es aus, wenn man das sogenannte *Shiller-PE* verwendet. Dafür nimmt man im Zähler wieder den aktuellen Aktienkurs, im Nenner aber die inflationsbereinigten durchschnittlichen Gewinne der letzten zehn Jahre. Das macht man, um kurzfristige (Konjunktur-) Schwankungen der Gewinne zu bereinigen, um damit über das ständige konjunkturelle Auf und Ab hinauszuschauen. Das *Shiller-PE* beträgt derzeit 28, ist also deutlich höher als das normale PE von 21.

**WERTE WIE VOR
DER GROSSEN DEPRESSION**

Während der letzten 150 Jahre belief sich das *Shiller-PE* im Durchschnitt auf 17, der Median lag bei etwa 16. Gemessen an den Werten der Geschichte sind demnach also die Aktien des *S&P 500* derzeit 65 bis 75 Prozent teurer als in der Vergangenheit. Um wieder auf den historischen Mittelwert zu kommen, müsste der Index um etwa 40 Prozent nachgeben. Das ist eine ganze Menge. Zum Vergleich: Am Vorabend der großen Depression, im Oktober 1929, betrug das *Shiller-PE* 30, war also ähnlich hoch wie heute. Danach kamen das Börsendestaster und die große Depression.

Welcher Indikator ist aussagefähiger? PE oder *Shiller-PE*? Vermutlich Letzteres. Die Unternehmensgewinne – nach Steuern – in den USA sind von 1.985 Milliarden Dollar im dritten Quartal 2019 auf 2.891 Milliarden im dritten Quartal 2022 gestiegen, also um 45 Prozent. Die Unternehmensgewinne haben im Zuge der *Lockdown*-Politik geradezu einen Jubelsprung gemacht. Die Gewinnquote erhöhte sich in diesen drei Jahren von 9,22 auf 11,24 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das heißt, Ende 2022 flossen von 100 Dollar US-Sozialprodukt 11,24 Dollar an die Unternehmenseigentümer. Zum Vergleich: Anfang 2000 belief sich die Gewinnquote noch auf 5,27 Prozent. Der andere Teil der Gesellschaft, vor allem die arbeitenden Menschen in den USA, bekommen heute sechs Prozentpunkte vom BIP weniger ab als vor 22 Jahren.

Vermutlich dürfte eine derart hohe Gewinnquote – ganz selten in der Nachkriegszeit war die Gewinnquote ähnlich hoch – auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten sein. Wenn die Gewinnquote sich wieder normalisiert, spricht sinkt, müssen ebenfalls die

Aktienkurse sinken. Also ist wohl das *Shiller-PE* ein besserer Indikator als das normale PE. Das deutet auf ein beträchtliches Kursrückgangspotenzial beim *S&P 500* hin.

**ENTEIGNUNGSKAMPAGNE
OHNE ABSTIMMUNG**

Die Gewinne in den USA steigen seit Jahrzehnten stärker als die Wirtschaftskraft und deutlich stärker als die Medianeinkommen. Es findet also eine Umverteilung zugunsten der Unternehmenseigentümer statt. Auch die Hauspreise steigen seit Langem stärker als die Wirtschaftskraft und deutlich stärker als die Masseneinkommen. Auch das bedeutet eine Umverteilung von unten nach oben.

Die Haushalte, Unternehmen und die Regierung der USA hatten Ende Dezember 2022 Schulden in Höhe von etwa 69.000 Milliarden Dollar, das entspricht etwa 264 Prozent vom BIP. In den vergangenen 15 Monaten sind die Zinsen in den USA – und weltweit – deutlich angestiegen, über alle Laufzeiten hinweg betrug der Anstieg in den etwa drei Prozentpunkte. Das bedeutet einen Anstieg der künftigen Zinszahlungen von etwa 2.000 Milliarden Dollar pro Jahr. Wer zahlt die Zinsen letztlich? Die Zinsen auf die Staatsschulden werden von den Steuerzahlern, die Zinsen der privaten Haushalte von den privaten Haushalten bezahlt. Und der Zinsaufwand für Unternehmensschulden wird auf den Produktpreis aufgeschlagen und ebenfalls von den privaten Haushalten bezahlt. Letztlich zahlen die Zinsen also praktisch alle Menschen im Land. Die Zinseinnahmen fließen jedoch zum größten Teil an die vermögenden Privathaushalte.

Momentan ist die Vermögenskonzentration in den USA so hoch wie noch nie in der Geschichte. Das obere 0,01 Prozent der Bevölkerung besitzt derzeit etwa 10 Prozent aller Vermögen. Also ein Zehntel aller Gewinne, Mieten, Pachten und Zinsen fließt an die obersten 0,01 Prozent der Haushalte und beschleunigt dadurch die Vermögenskonzentration. Dieses Geld fehlt beim Massenkonsum.

All diese Entwicklungen, insbesondere die historisch hohe Gewinnquote, deuten darauf hin, dass die US-Ökonomie, ähnlich wie in den *Roaring Twenties* (dt. Goldene Zwanziger), in den 1920er-Jahren, in eine Überproduktions- bzw. Unterkonsumptionskrise

steuert. Die Medianeinkommen und damit die Massennachfrage bleiben seit Jahrzehnten hinter dem Wirtschaftswachstum zurück. Die Differenz wurde in den letzten 40 Jahren, in denen praktisch ununterbrochen die Zinsen sanken, mit immer mehr Schulden überbrückt, um die Massennachfrage am Laufen zu halten, wie ich in meinem kostenlos zugänglichen Buch *Das Mephisto-Prinzip* bereits 2019 darlegte. Das geht so lange gut, solange die Zinsen ständig sinken. Die Zeiten sind nun offenbar vorbei. Der starke Zinsanstieg seit gut einem Jahr wirft das Modell der letzten 40 Jahre, die zunehmende Nachfragelücke mit immer mehr Schulden zu decken, über den Haufen.

Das Wachstumsmodell der letzten 40 Jahre, die zunehmende Ungleichverteilung über immer mehr Schulden zu überbrücken, funktioniert nicht mehr. Diese Strategie hat zu überhöhten Aktienkursen, zu hohen Immobilienpreisen und Rekordschulden geführt. All dies steht nun vor einer Bereinigung. Die Frage ist: Wie wird die Bereinigung stattfinden?

**KLARER SCHNITT
ODER BARBAREI**

Die vernünftigste Lösung wäre ein Schuldenschnitt von 10 bis 30 Prozent. Das dürfte aber ebenso wie in der Vergangenheit auch jetzt nicht kommen, da sich das obere ein Prozent mithilfe von massiver Lobbyarbeit dagegen wehrt. Kommt kein Schuldenschnitt, was wegen der Widerstände der Geldeliten sehr wahrscheinlich ist, so könnten die Schulden über Inflation reduziert werden. Auch das erscheint vor dem Hintergrund der jüngsten Maßnahmen der FED und anderer westlicher Notenbanken unwahrscheinlich. Daher dürfte entweder eine starke Bereinigung an den Kapitalmärkten kommen, sprich Bank- und Börsenturbulenzen, vielleicht ein Börsencrash und eine anschließende starke Wirtschaftsbereinigung, möglicherweise ähnlich wie 1929 bis 1932. Oder Krieg.

Dieser Text erschien zuerst im unabhängigen Internetmagazin www.rubikon.org und wurde behutsam für den DW gekürzt und angepasst. Wir danken Autor und Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.

Christian Kreiß, geboren 1962 in München, ist Sachbuchautor und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Aalen.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

SICHTBARE UND STILLE INFARKTE

Die OPEC drosselt ihre Ölproduktion. Eigentlich reicht auch die Ankündigung: Der Ölpreis steigt. Und mit ihm die Angst vor einer noch höheren Inflation. Ansonsten ist es dasselbe Spiel, das viele bereits ihr ganzes Leben lang kennen.

Es ist die perfekte Gelegenheit, um die Verbraucherpreise in die Höhe zu treiben. Die Zapfsäulen werden es uns zeigen. Auch die Notenbanken warten nur auf die Signale, um die Zinsen zu erhöhen. Wieder einmal. Aber die Geduld der 99 Prozent ist grenzenlos, eigentlich ist das ja eine gute Tugend – an der richtigen Stelle und zum richtigen Zeitpunkt angewandt.

Die Medien präsentieren vieles wie immer. Der *DAX* verhält sich anscheinend saisonbedingt, wir exportieren wieder mehr, vor allem Autos in die USA – zwischen 11 und 49 Prozent mehr Absatz im ersten Quartal 2023. Und der Euro behauptet sich offenbar gegen den US-Dollar. Also, ist doch alles gut, sollte man meinen. *Business as usual* (dt.: *Das übliche Geschäft*).

Aber es ist wie im wirklichen Leben: Es gibt sichtbare und stille Infarkte. Erstere treten mittlerweile weltweit auf, aber die stillen Infarkte noch viel mehr. Zahlreiche schlaue Köpfe sagen uns den großen *Crash* voraus – nicht erst seit gestern, eigentlich schon seit mindestens 2008. Die sichtbaren Infarkte werden behoben, scheinbar, siehe *Credit Suisse* und *UBS*. Die unsichtbaren Infarkte aber werden der Allgemeinheit auferlegt. Schleichende Enteignung nennt man das. Und hier wundert man sich dann tatsächlich über die Geduld der 99 Prozent, denn sie haben das Zepter in der Hand, wenn sie es denn wollen.

Der große Infarkt der deutschen Wirtschaft ist programmiert. Der volkswirtschaftliche Schaden der Corona-Zeit ist noch gar nicht wirklich in unserem Leben angekommen. Aber die Auswirkungen werden mehr und mehr sichtbar: Inflation, Insolvenzen. Eine desaströse politische Ignoranz, Krankheit und Übersterblichkeit werden schnell ihren Teil dazu beitragen. Die Zahlen sind Fakten und waren niemals nur Verschwörungstheorien. Es ist müßig, immer noch darüber zu reden. Es ist besser, zu handeln, zu verändern, am besten zuerst im eigenen Leben.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany!*

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



DAS AMTSGERICHT DARMSTADT UND DIE KILLER-CRÈME

Ein Prozessbericht vom 28. März 2023

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Während Schwerverbrecher auf freien Fuß gesetzt werden müssen, weil die Ermittlungen verschleppt werden, kümmert sich die deutsche Justiz liebevoll um Nichtigkeiten. Ein Prozessbericht.

Dienstag, 28. März 2023 in Saal 5 des Amtsgerichts Darmstadt. Verhandelt wurde eine Bußgeldsache gegen meine Mandantin, deren Frevel darin bestand, dass sie aus den USA eine Crème bestellt hatte, die als Crème aus natürlichem Progesteron aus der Yams-Wurzel beworben wurde. Diese Crème war beim Frankfurter Zoll beschlagnahmt worden. Der Vorwurf: Fahrlässige illegale Einfuhr von Arzneimitteln. Anwesend: der Richter, die Protokollantin, zwei Beschäftigte des Hessischen Landesamtes für Gesundheit und Pflege und natürlich meine Mandantin und ich.

Meine Mandantin hatte sich tief in die Materie eingelesen und herausgefunden, dass Crèmes, deren Wirkstoff aus der Yams-Wurzel gewonnen werden, nicht dasselbe sind wie jene Hormonpräparate, die tatsächlich und zu Recht verschreibungspflichtig sind. Gleiches hatte ich in einem Gespräch mit einer Bio-Kosmetikerin in Erfahrung gebracht. Und auch die Fachpresse sieht den Unterschied: Bei den Naturpräparaten aus der Yams-Wurzel habe sich, so die Pharmazeutische Zeitung vom 2. Juli 2018, keine klinische Wirksamkeit nachweisen lassen.

TATGEGENSTAND:
CRÈME

Man könnte auch sagen: Nicht überall, wo Progesteron drauf steht, ist Progesteron drin. Yams-Wurzel-Produkte enthalten Diosgenin, aber eben kein Progesteron. Meine Mandantin war und ist der Ansicht, dass das, was sie da bestellt hatte, reine Kosmetik ist und mit einem Arzneimittel nichts zu tun hat. Der anwesende pharmazeutische Sachverständige vom Hessischen Landesamt für Gesundheit und Pflege sah das völlig anders: Es müsse nur ein bestimmtes Molekül in der Crème enthalten sein, und wenn dies der Fall sei, sei es völlig unerheblich, auf welche Weise die Crème hergestellt worden sei.

WAR DIE CRÈME
HINREICHEND VERDÄCHTIG?

Aber war denn in der tatgegenständlichen Crème tatsächlich dieses Molekül enthalten? Wir werden es nie erfahren. Denn die Behörde hatte diese Crème vernichtet. Meine Mandantin rügte dies zu Recht in der Hauptverhandlung. Der Richter meinte daraufhin, man könne diese Crème möglicherweise nochmal bestellen und untersuchen lassen. Ich erlaubte mir den sanften Hinweis, dass das ja in der Logik der Behörde dann erneut die illegale Einfuhr eines Arzneimittels darstelle.

Unterstellte man aber, dass die Crème tatsächlich ein Arzneimittel war, erhob sich die weitere Frage, ob meine Mandantin fahrlässig gehandelt hatte. Vieles sprach gegen diese Annahme:

Erstens: Das Unternehmen, bei dem meine Mandantin die Crème bestellt hatte, betreibt eine deutschsprachige Internetseite und lässt sich die Ware in Euro bezahlen. Erst im Impressum ist notiert, dass es sich um ein Unternehmen mit Sitz in den USA handelt. Welcher Verbraucher kämpft sich schon bis dorthin durch?

Zweitens: Die Crème wird als Naturprodukt beworben; die Aufmachung der Werbung deutet auf reine Kosmetik hin. Die Vertreterin der Behörde wollte dies nicht gelten lassen: Man dürfe als Verbraucher nicht alles glauben, was in der Werbung stehe. Es werde schließlich auch die Milchschnitte als gesund angepriesen, obwohl sie es in Wirklichkeit nicht sei.

Drittens: Aber wenn das alles so gefährlich ist – warum wird die deutsche Internetseite des Händlers auf deutschem Boden nicht geblockt? Am Tag vor der Verhandlung hatte ich das hessische Landesamt für Gesundheit und Pflege angerufen und eben diese Frage gestellt. Antwort: Das Amt sei für das sogenannte Geoblocking, also die Sperrung von Internetseiten für deutsche IP-Adressen, nicht zuständig. Ja welche Behörde ist denn zuständig? Die Telekommunikationsbehörde. Und hat man mal versucht, dort das Geoblocking zu erwirken? Nun, es sei schwer, dem illegalen *Online*-Handel beizukommen; da müsse man als Verbraucher eben besser aufpassen. Also sollen die Konsumenten dafür bluten, dass die Behörden es nicht schaffen, einem illegalen Gewerbe das Handwerk zu legen?

Viertens: Zum Glück mussten wir das nicht vertiefen. Denn meine Mandantin setzte den *Lucky Punch* an anderer Stelle: Die tatgegenständliche Crème war ihr von ihrer Heilpraktikerin empfohlen worden! Der fachkundigen Empfehlung dürfe, so der Richter, meine Mandantin vertrauen. Die Vertreterin der Behörde wollte sich damit ebenfalls nicht zufriedengeben: Man müsse dann auch nochmal den Apotheker fragen, und außerdem seien Heilpraktiker keine Ärzte. Letztere Bemerkung veranlasste mich zu intervenieren: Der Zugang zum Beruf des Heilpraktikers führt über eine anspruchsvolle staatliche Prüfung. Das habe ich vor Gericht mit allem Nachdruck hervorgehoben.

JETZT AMTLICH:
CRÈME-BESTELLER KEINE GEFAHR

Am Ende meinte der Richter, er wolle niemandem etwas Böses – er stellte das Verfahren ein. Er meinte, von meiner Mandantin gehe keine Gefahr mehr aus (tat es das jemals?).

Fazit: Wegen eines harmlosen Präparats wurde die steuerfinanzierte Arbeitskraft eines Richters, einer Justizbeamtin und zweier Behördenmitarbeiter gebunden. Erst kürzlich, in der *FAZ* vom 25. Februar 2023 klagte der Deutsche Richterbund, in der Strafsjustiz fehlten aktuell 1.000 Richter und Staatsanwälte. Wundert uns das noch? Und wenn man schon bei Crèmes eine solche Akribie an den Tag legt – sollte man dann bei den Corona-Impfungen erst recht genau-er hinsehen, als dies bisher geschehen ist?

MELDUNG

STATISTISCHES BUNDESAMT:
INFLATION GESUNKEN

Berlin/DW. Der Preisauftrieb in Deutschland hat sich laut Statistischem Bundesamt abgeschwächt. Die Verbraucherpreise lagen im März »nur« noch 7,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Februar hatte die Inflationsrate noch bei 8,7 Prozent gelegen. Preistreiber Nummer eins bleiben Lebensmittel. Sie verteuerten sich im Schnitt um 22,3 Prozent im Vergleich zum März 2022. »Das liegt vor allem daran, dass Gemüse offenbar aufgrund von Ernteaussfällen einiger Lieferländer knapp geworden ist«, erklärte Holger Schmieding, Chefvolkswirt der *Berenberg Bank*, gegenüber der *Bild*-Zeitung. (kmü)

REKORD: LINDNER ERWARTET MEHR ALS
EINE BILLION EURO STEUEREINNAHMEN

Berlin/DW. Christian Lindner (*FDP*) erwartet im Jahr 2024 erstmals mehr als eine Billion Euro Steuereinnahmen. Trotz dieser Rekordsumme reiche das Geld laut Linder jedoch nicht aus, um die gesetzlichen Verpflichtungen des Bundes zu finanzieren. »An Mehrausgaben ist momentan nicht zu denken«, sagte der Finanzminister in der *Bild am Sonntag*. (kmü)

BIOTECH ENTEILT
DER KONKURRENZ

Mainz/DW. Der Pharmakonzern *Biontech* hat einem Bericht des *Handelsblatts* zufolge dank der gigantischen Einnahmen aus dem Verkauf seines Covid-Impfstoffs in den vergangenen beiden Jahren insgesamt 36 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet und setzt sich damit immer deutlicher von der Konkurrenz in der deutschen Biotechnologiebranche ab. Das Unternehmen baut derweil sein Geschäft zur Bekämpfung von Krebs weiter aus, Nach einem millionenschweren *Deal* mit dem US-Krebsspezialisten *OncoC4* fädelt *Biontech* nun eine weitere milliarden-schwere Partnerschaft ein und erwarb von der chinesischen Biotechfirma *Duality-Bio* globale Lizenzen für zwei potenzielle Krebsmittel zur Behandlung von soliden Tumoren. Die sogenannte Corona-Impfung steht im Verdacht, bösartige Krankheiten wie u. a. Krebs auszulösen. (kmü)

ITALIEN VERBIETET INSEKTEN
IN TRADITIONELLEN LEBENSMITTELN

Rom/DW. In Deutschland werden Insekten in Lebensmitteln auf der Internetseite der Bundesregierung u. a. als »exzellente Quelle von Omega-3-Fettsäuren, B-Vitaminen und wichtigen Mineralstoffen« angepriesen. In anderen Ländern dagegen regt sich massiver Widerstand. Laut *pleiteticker.de* hat ein spanisches Forscherteam herausgefunden, dass Insekten-Food schwerer verdaulich sei, die Aufnahme von Mineralien verringern und sogar Leberkrebs verursachen könne. In Italien dürfen sämtliche Insekten-Lebensmittel nur in klar abgetrennten Regalen und Abteilungen verkauft werden. In traditionellen italienischen Gerichten (u. a. Pizza, Pasta) sind Beimischungen von Insekten komplett verboten. (kmü)

AN GRENZE ZU POLEN: RUSSISCHE ATOMWAFFEN IN BELARUS

EU droht mit neuen Sanktionen | Von Felix Feistel

Der russische Präsident Wladimir Putin kündigte an, Atomwaffen in Weißrussland zu stationieren. Der Schritt erfolgte nach der Ankündigung Londons, Kiew mit Munition aus abgereichertem Uran auszurüsten und wird vielfach als Reaktion darauf gewertet. Tatsächlich hat der weißrussische Präsident Lukaschenko schon im vergangenen Jahr die Bitte an Putin gerichtet, die weißrussischen Kampfflugzeuge umzurüsten, sodass sie mit russischen Atomwaffen bestückt werden können.

Die Reaktionen aus Deutschland sind bislang eher zurückhaltend. Ein Sprecher des polnischen Außenministeriums erklärte jedoch, dass die Stationierung russischer Atomwaffen eine weitere Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit Europas darstellten. Polen, das im Westen an Weißrussland grenzt und damit direkter Nachbar ist, verurteile diesen Schritt. Zugleich wurden in Polen 2022 mehrere Raketenab-schussbasen des US-Militärs fertiggestellt.

Dabei handelt es sich, ebenso wie bei den Basen in Rumänien, um einen Teil des US-amerikanischen Raketenabwehrschil-des, der eindeutig in Richtung Russland ausgerichtet ist. Was rein defensiv klingt, kann jedoch auch für Angriffe auf Russ-land genutzt werden. Denn bei den ausge-rüsteten Raketen handelt es sich zum Teil um Tomahawk-Raketen, die auch atomar bestückt werden können. Ob die USA in Polen Atomwaffen stationiert haben, ist allerdings nicht bekannt.

Die US-Regierung weigert sich, unabhän-gige Beobachter in die Nähe der Stationen zu lassen. Vor diesem Hintergrund kann die Stationierung russischer Atomwaffen in Weißrussland auch als Reaktion auf das Her-anrücken der US-Atomwaffen an die eigenen Grenzen betrachtet werden. Denn von Weiß-russland aus können russische Raketen bin-nen Minuten Polen erreichen. Auch der rus-sische Präsident bezeichnete den Schritt als eine Reaktion auf die Stationierung US-ame-rikanischer Waffen nach Europa. Er wies Vorwürfe des Westens zurück, dass Russ-land auf diese Weise gegen die Verpflichtun-gen aus dem Nichtverbreitungsvertrag ver-stoße. Russland gebe die Atomwaffen nicht aus der Hand, sondern stationiere sie nur, ebenso wie die USA, auf dem Gebiet von Verbündeten. Russland und Weißrussland seien Teil eines Unionsstaates, die ihre Ver-teidigung gemeinsam gestalten. Er kündig-te an, dass der Bau eines erstens Lagers auf weißrussischem Gebiet bis zum Juli abge-schlossen sein werde.

Auch der Pressedienst des weißrussischen Außenministeriums gab eine Erklärung ab, nach der die Ausbildung von weißrus-sischen Piloten an russischen Atomwaffen sowie die Stationierung auf weißrussischem Gebiet nicht gegen das Völkerrecht versto-ße. Zudem erinnerte er daran, dass mehr als 150 Nuklearwaffen der USA auf dem Gebiet europäischer NATO-Staaten statio-niert seien.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell drohte Russland angesichts der Ankündi-gung mit neuen Sanktionen, obwohl er nur wenige Tage zuvor erklärt hatte, dass die



»Die Schlafwandler« Bildmontage: Prof. Rudolph Bauer

EU nicht mehr wisse, was sie noch sanktio-nieren könne. Er forderte weiterhin Weiß-russland dazu auf, die Stationierung nicht zuzulassen. *Der Spiegel* stellt angesichts der Stationierung die Souveränität Weißruss-lands infrage. Dass die Ankündigung sei-tens Putin ohne Lukaschenko erfolge, zeige, dass Weißrussland kein souveräner Staat sei. Wenn allerdings in Deutschland gegen den erklärten Willen einer Mehrheit des Bundestages und ohne dass Deutschland ein Mitspracherecht hat, US-amerikanische Atomwaffen stationiert und modernisiert werden, ist das für den *Spiegel* wiederum kein Grund, die Souveränität Deutschlands anzuzweifeln.

Frankreich will Regierung stürzen

Massive Proteste im ganzen Land halten an | BERICHT von Felix Feistel

Nach dem umstrittenen Beschluss der Rentenreform ebbten die Proteste in Frankreich nicht ab. Die Regierung Macron hatte trotz des Widerstandes großer Teile der Bevölkerung mittels Artikel 49.3 der Verfassung die Rentenreform ohne Zustimmung des Parlamentes beschlossen.

Die Gewerkschaften rufen weiterhin zu Streiks auf, und viele Betriebe stehen still. So stapelt sich in Paris der Abfall, da die Müll-abfuhr streikt. Auch die Raffineriearbei-ter haben ihre Arbeit niedergelegt, sodass Frankreich der Treibstoff auszugehen droht. Immer wieder setzt die Regierung Macron darauf, Arbeiter per Zwang zur Arbeit zu ver-pflichten. Doch die Welle des Protestes reißt nicht ab. Bahnhöfe, Raffinerien, Flughäfen und Straßen werden von den Streikenden blockiert. Längst geht es nicht mehr nur um die Rücknahme der Reform.

Die Arbeiter lehnen sich gegen die Korrupti-on der Regierung Macron auf, die die Inter-essen der Reichen und Mächtigen in dem Land durchsetzt. Dagegen haben sich die Gewerkschaften in einem historisch einma-ligen Bündnis vereint. Zu hunderttausenden


Strömen die Menschen in Paris und anderen Städten zusammen und fordern den Rück-tritt der Regierung und rufen den General-streik aus. Immer mehr wenden sich die Demonstranten zudem gegen die französi-schen Waffenlieferungen an die Ukraine. Auch Schüler und Studenten beteiligen sich an den Protesten. Gemeinsam mit den Arbei-tern besetzen sie die Raffinerien, Häfen und Flughäfen. Und sie besetzen immer mehr Schulen, legen so den Unterricht still. Dabei stehen sie an der Seite der Lehrer, die eben-falls in den Streik getreten sind.

Stellenweise ähneln die Szenen auf den Stra-ßen, etwa in Paris, dem eines Bürgerkrieges. Die Demonstranten errichteten Barrikaden und zündeten diese an. In allen großen und auch kleineren Städten Frankreichs kam es zu derartigen Vorfällen. So wurde bei-spielsweise in Bordeaux das Portal des Rat-hauses in Brand gesetzt. Die Staatsgewalt ging mit einer beispiellosen Gewalt gegen die Demonstranten vor. Schlagstöcke, Trä-nengas und Gummigeschosse kamen zum Einsatz. Streikende wurden von der Poli-zei gejagt, unter unwürdigen Bedingun-gen festgehalten und misshandelt. Selbst Frankreichs *Nationale Beratende Kommis-sion für Menschenrechte (CNCDH)* warf

der Polizei vor, hunderte Demonstranten ohne Grund festgehalten zu haben. *Report-er Ohne Grenzen, Amnesty International*, der Europarat und *Human Rights Watch* kritisierten die massive Polizeigewalt. Den-noch ist Macron nicht zu Zugeständnissen bereit. Der französische Innenminister, Gérald Darmanin, hat landesweit 13.000 Polizisten (5.000 allein in Paris) aufgebo-ten, um die Proteste niederschlagen zu las-sen. Es drohe eine erhebliche Störung der öffentlichen Ordnung, auch von Aktivisten aus dem Ausland, erklärte er dazu.

Umfragen zufolge wollen mittlerweile 80 Pro-zent der französischen Bevölkerung den Sturz der Regierung. Die Zustimmung zur Politik des Präsidenten ist so niedrig wie nie zuvor.

Während Macron immer wieder erklärt, dass den Rentenkassen 13 Milliarden Euro fehlten, hat die Regierung gleichzeitig die Rüstungsausgaben von 2024 bis 2030 auf 400 Milliarden Euro erhöht.



Felix Feistel ist studierter
Rechtswissenschaftler mit dem
Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

FINNLAND HAT NEUES
PARLAMENT GEWÄHLT

Helsinki/DW. Rechtsruck in Finnland! Die linken Sozialdemokraten unter der Führung von *Young Global Leader* San-na Marin haben bei der Parlamentswahl mit 19,9 Prozent der Stimmen nur den dritten Platz belegt. Die Bürger wählten konservativ: Die *Nationale Sammlungs-partei Kokoomus* gewann knapp mit 20,8 Prozent vor der Partei *Die Finnen* (20,1 Prozent). Damit steht das skandi-navische Land vor einem Machtwechsel. Marin forcierte Finnlands Nato-Beitritt (seit Dienstag Mitglied), fuhr einen strik-ten Corona-Kurs und agierte auch bezüg-lich der Ukraine-Hilfen im Sinne des Wertewestens. (kmü)

+++ IN ALLER KÜRZE GEMELDET +++

+++ Jewgeni Prigoschin, Chef der rus-sischen Söldnergruppe Wagner, verkün-det die Einnahme der schwer umkämpf-ten Stadt Bachmut durch seine Kämpfer, doch Kiew widerspricht dieser Darstel-lung +++ Israels Premierminister Benja-min Netanyahu lässt umstrittene Justiz-reform für einige Wochen aussetzen, um »Platz für Dialog« zu schaffen und um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. +++ In Bulgarien hat das prowestliche Mit-te-Rechts-Bündnis des früheren Minis-terpräsidenten Boiko Borissow mit 26,5 Prozent der Stimmen die Parlaments-wahl gewonnen. +++ Ex-US-Präsident Donald Trump erschien am Dienstag zu seiner Anklageverlesung vor einem Gericht in Manhattan. Dabei ging es um ein Schweigegeld, das er 2016 unmitt-elbar vor der Präsidentschaftswahl an die Porno-Darstellerin Stormy Daniels aus-zahlen ließ, damit sie nicht über eine Affä-re plauderte, die sie angeblich mit ihm gehabt haben soll. +++ Die Menschen-rechtsorganisation Amnesty Internatio-nal wirft dem Westen in ihrem Jahresbe-richt 2022/23 Doppelmoral im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen vor. +++ Die Rede des ukrainischen Präsi-denten Wolodymyr Selenskys im öster-reichischen Parlament per Liveschalte am 30. März kritisierte die *FPÖ*-Fraktion als Verstoß gegen die Neutralität Öster-reichs und verließ aus Protest vor Beginn der Rede den Saal. +++ (kmü)



Erschonwieder: Karikatur des französischen
Präsidenten Emmanuel Macron mit
einem Hitlerbärtchen bestehend aus dem
umstrittenen Paragraphen 49.3 an einer
Straße in Avignon am 3. April 2023. Der
Kommentar dazu: Nein, danke.
Foto: Telegram.



»Gä deu

Auf dem Hambacher Schloss kamen am 28. Mai 2022 Zehntausende aus der aktuellen Freiheitsbewegung zusammen und grüßten ihre historischen Vorgänger von 1832.
Fotos: Videostills/Telegram

DW: Herr Kochanek, Sie stehen unter anderem hinter der Initiative »Unternehmer stehen auf«. Warum sollten Unternehmer derzeit aufstehen?

Wolfgang Kochanek: Weil es die Alternative zum Gehen ist. Es gibt ja nur noch zwei Möglichkeiten. Entweder wir gehen jetzt alle. Das machen bereits ganz viele. Oder wir stehen jetzt auf und ändern, dass dieses System uns kaputt macht. Unternehmertum macht in Deutschland keinen Sinn mehr. Das haben Hunderttausende von Unternehmern erkannt und sind schon gegangen, und weitere Hunderttausende werden demnächst gehen. Es sei denn, wir ändern das jetzt. Es steht auf des Messers Schneide, was hier passiert. Wenn die Strukturen erstmal durchlöchert sind, geht nichts mehr. Die Wirtschaft ist so komplex und schafft so viele Abhängigkeiten zwischen den Firmen, dass wenn die ersten herausbrechen, die anderen auch fertig sind.

DW: Mit »Gehen« meinen Sie die Verlagerung der Produktion in andere Länder?

W.K.: Es gibt im Augenblick zwei Trends. Die einen machen ihre Bude zu und sagen, »für mich reicht's für den Rest meines Lebens«. Das sind eher die kleineren Mittelständler. Und die größeren Mittelständler werden kaputtgehen, wenn die Großen gehen. Ich habe zum Beispiel einen Vorschussbetrieb, der sich seit über dreißig Jahren mit Materialforschung beschäftigt. Bisher waren wir sehr gut vernetzt in der deutschen Großindustrie. Aber wenn Firmen wie *Bosch*, *Daimler*, *BASF* und *Lanxess*, mit denen wir engstens zusammengearbeitet haben, schon ganz öffentlich sagen, »wir gehen ins Ausland, wir investieren hier jedenfalls gar nichts mehr«, dann fragt sich, wem wir hier noch mit Forschungsleistung dienen können. Mit wem sollten wir uns noch verzahnen? Soll ich dann nach China fahren und dort meine Produkte oder meine Dienstleistung vernetzen? Das wäre doch Unfug!

DW: Und anderen geht es auch so?

W.K.: Ja, nehmen Sie die einfachen Zulieferer. Wenn man früher irgendeinen OEM, ein Bauteil, das zum Beispiel *Daimler* zugeführt wurde, hergestellt hat und irgendetwas nicht so klappte, dann hat man kurz

telefoniert und ist hingefahren, hat das glattgebügelt, die Bauteile vorbeigebracht. Heute müsste man sich in den Flieger setzen nach sonstwohin. Aber ich kann nicht ständig bis nach Indien fliegen, weil da gerade irgendetwas zusammengebaut wird. Damit ist das Geschäft dann zu Ende.

VERTEILUNGSKÄMPFE ODER REVOLUTION

DW: Nun mag auch mancheiner sagen, »ach, Unternehmer konnte ich noch nie leiden, für mich ist hier



Wie im restaurativen Vormärz verboten die Autoritäten den Umzug, doch die Demokraten bahnten sich unaufhaltsam ihren Weg.

nicht viel herausgesprungen, sollen sie doch gehen!« Warum sind aus Ihrer Sicht die Mittelständler so wichtig für die Gesellschaft insgesamt, auch für jene Leute, die es gar nicht bemerken?

W.K.: Auch die Leute, die unternehmerkritisch aufgestellt sind, konsumieren. Die konsumieren Lebensmittel, ein Auto, wenn sie über die Fahrkarte in die S-Bahn einsteigen, konsumieren sie die S-Bahn, die auch irgendwann nicht mehr *up to date* ist und zerfällt. Das muss ja alles immer erneuert werden, und das erneuert sich nicht, indem man kluge Sprüche bei *Twitter* absetzt, sondern indem man die Dinge baut, die dort einem Werteverzehr unterliegen. Wenn man das im Land nicht mehr selber macht,

dann muss man das, was fehlt, importieren. Das geht nur eine gewisse Zeit lang gut, solange man noch Substanz hat. Wenn diese Substanz erodiert, dann geht es nicht mehr. Dann geht man in eine allgemeine Armut über. Und das spüren dann selbst die, die sagen, »davon hab ich aber fast nix gehabt«. Die werden dann in Zukunft gar nichts mehr haben, noch nichtmal ihr Hartz IV bekommen können. Weil nichts mehr da ist.

DW: Und dann?

W.K.: Um das Bisschen, was noch da ist, werden brutale Verteilungskämpfe ausbre-

sind ein eingetragener Verein mit sieben Vorstandsmitgliedern, ich bin Vorstandsvorsitzender. Das ist aber nicht nur mein Baby, sondern das von vielen anderen, auch vielen anderen, die dahinterstehen und denen die Farbe der Unschuld wichtig ist, nicht weil wir Weiße sind. Innerhalb der »Weissen« gibt es drei Bausteine. Das ist einmal die klassische Begründung, wo wir herkommen, aus den Montagsdemos, aus dem Widerstand gegen die Corona-Diktatur. Zum Zweiten die noch andauernde Diskussion neuer demokratischer Konzepte: Was kann man besser machen, was läuft in diesem Staat nicht, warum sind wir so hilflos einer Parteiendiktatur ausgeliefert, die in weiten Teilen höchst korrupt ist? Warum kommen Minderleister über Listenplätze in die Top-Positionen? Das machen wir übrigens länderübergreifend mit Österreich, mit der Schweiz, mit Polen.

DW: Weshalb?

W.K.: Dort gibt es jeweils ähnliche Gruppen. Erst das Dritte ist das Aktionsbündnis »Unternehmer stehen auf«, das Bündnis jener, die noch etwas ändern können, weil sie die wirtschaftliche Macht dazu haben. Die Montagsdemos haben etwas verändert, aber sie laufen sich meines Erachtens im Moment tot, weil sie über das, was wir erreicht haben, nicht mehr hinauskommen. Bei »Unternehmer stehen auf« kommen jeden Tag drei neue *Cluster* hinzu, heute [am Tag des Gesprächs; red.] gerade Lübeck, Nürnberg und Kiel. Drei neue *Cluster*! Diese Karte wächst unaufhörlich. Sie können sich vorstellen, wenn nur jeder zehnte Unternehmer auf der Karte nur einen neuen anruft, dann ist das eine Exponentialfunktion und die Karte [der beteiligten Unternehmen; red.] wächst ja bereits von Woche zu Woche!

DW: Unternehmerischer Optimismus?

W.K.: An der Basis ist der *Spirit* ein- und derselbe, republikweit, ob sie nun etwas mehr links oder etwas mehr rechts eingestellt sind! Interessanterweise melden sich auch viele aus dem Ausland. Das sind Unternehmer, die bereits gegangen sind, aber sagen, »wenn ihr was macht, dann sind wir dabei!«. Heute hat mich ein deutscher

Gänsehaut für die deutsche Revolution! «

Der Unternehmer und Aktivist Dr. Wolfgang Kochanek hat sich 2022 dem Widerstand angeschlossen und das Hambacher Fest wieder demokratisiert. In diesem Jahr soll die Demokratiebewegung wie 1832 zur Revolution antreten.

TV-Unternehmer aus Schweden angerufen, er sagte, dort laufe die Kommunikation mit Behörden auf Augenhöhe, anstatt sechzig bis siebzig Prozent der Zeit mit sinnloser Bürokratie zu verschwenden. Er sagte: »Ich bin mit meiner Familie ausgewandert, weil ich meiner Tochter eine bessere Zukunft ermöglichen will! Aber Deutschland ist immer noch mein Heimatland und ich unterstütze euch massiv mit dem, was ich kann!«

DW: Sie erwähnten die Corona-Diktatur. Was wollen Sie sonst noch verändern?

W.K.: Die Corona-Diktatur ist ja nur das Synonym für das, was in diesem Land völlig aus dem Ruder gelaufen ist. Wenn mir jemand vor fünf Jahren gesagt hätte, dass sich dieses Land derartig faschistoid entwickeln wird, hätte ich erwidert, dass das völlig unmöglich ist, weil die Erziehung des größten Teils der Bevölkerung das gar nicht zulassen würde. Unter der Corona hat man gemerkt, was die Erziehung des Volkes zulässt. Alles lässt die zu. Sobald irgendwelche schrägen Vögel aus dem Ordnungsamts auftauchen oder Androhungen von Zwangsgeldern kommen, dann funktioniert das. Aus solchen Leuten hatte man die DDR gestrickt, sage ich dazu! Druck und Drohung und dann tauchen die in ihr Vier-Zimmer-Biedermeier ab und sagen, »ich

kanns eh nicht ändern«. Aber die, die noch Kraft haben, werden das jetzt ändern. Wir werden die FDP aus der Regierung hinaus-zwingen, beziehungsweise so extrem stark machen, dass die Koalition platzt. Und dann wird man über neue Bündnisse nachdenken müssen. »Die Weissen« werden dabei eine maßgebliche Rolle spielen.

DW: Sie haben im Jahr 2022 ein neues Hambacher Fest veranstaltet in der Nachfolge von Revolutionären wie Philipp Jakob Siebenpfeiffer und weiteren im Jahr 1832. Wie lief das ab?

W.K.: Es hing mit der Corona-Situation zusammen. Man durfte plötzlich nicht mehr in der Stadt herumlaufen, man durfte dies und jenes nicht, und überall brach der Schwachsinn aus. Im Januar 2022 habe ich dann auf dem Rathausparkplatz in Neustadt an der Weinstraße, meiner Heimatstadt, meine erste Rede vor 800 Leuten bei Minus 5 Grad gehalten.

Ich skizzierte, wie Wirtschaft und Gesellschaft in den nächsten Monaten abschmieren werden, und genauso ist es gekommen. Nennen wir nur mal die Inflation: Ich hatte acht Prozent prognostiziert und es waren dann 7,9 Prozent im Mai letzten Jahres. Jetzt, im Frühjahr 2023, deutet sich das totale Chaos an. Häuser werden nicht mehr fertiggestellt, Mieter werden auf der Straße

stehen, weil sie nicht mehr wissen, wo sie wohnen sollen. Als nächstes kommen dann die Währungsreform und die Vermögensabgabe. Das ist dann der finale Schlusstrich in dem Szenario. Und dann fängt alles von vorne an.

DW: Nun das Fest!

W.K.: Nach der Rede bekam ich sehr viel Ermunterung, weiterzumachen: »Versuche wenigstens, etwas zu verändern!« Dar-aus sind dann »Die Weissen« entstanden und wir haben das neue Hambacher Fest geplant, welches zunächst mal gleich wieder verboten wurde.

HAMBACHER FEST
VERBIETEN

DW: Klingt nach Berliner Verhältnissen?

W.K.: Fast. Wir sollten irgendwo hinter einem Einkaufszentrum auf einem Park-platz herumlaufen. Da habe ich gesagt, »das entspricht nicht dem Grundgesetz, was ihr Behörden mir da vorlegt und das werden wir ignorieren!« Dann schickte man mir eine einstweilige Verfügung, die hätte ich auch ignoriert. Mein Anwaltsteam sagte, »Kochanek, Sie werden damit Recht bekommen, aber die Stadt wird durch alle Instanzen gehen und bis dahin ist das Ham-bacher Fest 2022 einfach terminlich um«. Wenn ich mich ärgere, werde ich besonders kreativ. In dem Rathaus an dem Platz, von wo aus 1832 der Hambacher Festzug star-tete, wurden die Allgemeinverfügungen unterzeichnet, die uns das Hambacher Fest 2022 untersagen sollten.

DW: Das Schweineregime...

W.K.: Ich nahm es nicht hin! Ich habe mir dann ein Rechtsgutachten machen lassen, dass es nicht zu verbieten ist, und dass man auch auf einer öffentlichen Veranstaltung der Stadt Neustadt – die am selben Tag ihr »Demokratiefest« für die Adminstration ausrichtete – mit eigenem Duktus auftau-chen darf. Man darf auch eigene Parolen

äußern. Man darf sich in beliebiger Wei-se verkleiden, außer sich zu vermummen. Das wurde auch durch zwei Urteile gedeckt, praktisch wörtlich. Damit war der Weg frei. Und dann sagten wir, »dann gehen wir jetzt da hoch wie 1832!«.

DW: Und es war gut, oder?

W.K.: Es war für mich ein Gänsehautge-fühl! Zum ersten Mal gingen die Menschen von links bis rechts gemeinsam friedlich da hoch zum Hambacher Schloss. Dieses Wir-Gefühl, dass wir jetzt antreten, um etwas zu ändern durch alle Strukturen dieses Volkes hindurch, alle Berufsgruppen, das war ein Gänsehautgefühl, das gebe ich gerne zu. Vor allem, weil man merkte, dass das historisch war, was da gerade passierte.

DW: Wird es 2023 wieder geschehen?

W.K.: Ich rechne mit an die 10.000 Teilneh-mern. Wir beginnen in Absprache mit der Polizei auf dem Festplatz, weil der Rathaus-platz, der historische Beginn der Route von 1832, nicht mehr so viele Menschen fassen kann. Wir hatten lange Verhandlungen über die Route und ob wir zum Schloss hinauf-gelassen werden. Aber ausschließlich der Veranstalter bestimmt über Inhalt, Ort und Zeit der Demonstration. Wir ziehen hoch zum Schloss, das werden wir machen. Sie kamen uns mit Brandschutz und sonstigen Bedenken. Was, wenn der Katastrophenfall auf dem Schloss ausbräche, dann wäre ja die Zufahrtsstraße blockiert! Sie vergaßen aber, dass es zwei Zufahrtsstraßen gibt und unse-re ist vier Meter breit ...

DW: Wir kennen das alles leider nur zu gut.

W.K.: Wir werden aber den Viehberg hin-auf die historische Route hinaufmarschie-ren. Es wird sehr international mit Gästen auch aus Polen von Freedom Watch (Frei-heitsbeobachter), aus Frankreich, aus Itali-en und den Niederlanden. Das Hambacher Fest beginnt am kommenden Pfingstsonn-tag, 28. Mai 2023 ab 10 Uhr auf dem Fest-platz in Neustadt an der Weinstraße!

DW: Herr Kochanek, wir danken Ihnen für dieses Gespräch!

Die Fragen stellte Anselm Lenz.



Unternehmer Wolfgang Kochanek ruft zur Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft auf. Foto: privat

Schürfen und Schönheit

INTERVIEW mit *DW-Herausgeber, Professor und Lyriker Rudolph Bauer zu seinem neuen politischen Gedichtband.*

Eugen Zentner: In ihrem Gedichtbanband »Von Covid-19 zu Putin-22« schlagen Sie einen Bogen von der Coronakrise zum Ukrainekrieg. Was hält diese beiden Ereignisse zusammen? Wo liegt der gemeinsame Nenner?

Rudolph Bauer: Die Pandemie und der Krieg stehen zunächst einmal in einer zeitlichen Abfolge. Die Pandemie ging zu Ende, der Krieg begann. Letzterer wird territorial nach außen geführt, gegenüber einem äußeren Feind. Die gesundheits- und ordnungspolitische Bekämpfung des Virus erfolgte nach innen, gegenüber der Bevölkerung. Der Krieg nach innen war zugleich eine Zerreißprobe im Inneren der Gesellschaft. Wenn Sie sich an die innergesellschaftlichen Feindbilder und die Kriegserklärungen gegen die sogenannten Coronaleugner und Impfskeptiker erinnern, wird erkennbar, was ich meine: Die Menschen ließen sich wie Feinde in einem Krieg aufeinander loshetzen. Familien zerbrachen, Freundschaften wurden aufgekündigt.

Eine Verbindung paradoxer Art ergibt sich drittens auch unter dem Gesichtspunkt des Todes. Die Coronamaßnahmen wurden vor dem Hintergrund von Nekrophobie, von Todesangst, begründet. Es galt, wenn wir uns erinnern, vulnerable Gruppen generell und bedingungslos vor einer Ansteckung und dem Sterben zu bewahren. Seit Kriegsbeginn herrscht hingegen eine militaristische Gewalt- und Vernichtungseuphorie. Wir erleben das Gegenteil von Nekrophobie: Die Propaganda des Sterbens ukrainischer Soldaten – für unsere Freiheit, wie es heißt – und die militaristische Propaganda des Heldentodes an der Front sind Zeichen einer tief verankerten Todessehnsucht und Nekrophilie.

E.Z.: Was hat Sie dazu bewogen, die Krisenzeit der letzten drei Jahre lyrisch zu verarbeiten?

R.B.: Es gibt einen inneren Anstoß und einen äußeren. Letzterer lässt sich als

professionelle Herausforderung umschreiben. Für mich als Schriftsteller sind die Pandemie und der Krieg Provokationen, denen wir ausgesetzt sind. Auf diese Herausforderungen aufmerksam zu machen, auf sie zu reagieren, ihnen literarisch etwas entgegen zu setzen, darin liegt die Verantwortung der Schriftstellerinnen und Schriftsteller. Von uns Autoren wurde und wird erwartet, Hinweise und Antworten zu geben auf die Fragen der Zeit und der Zukunft. Damit benenne ich zugleich auch den inneren Anstoß dessen, was mich bewegt. Nicht nur in der Rolle des Autors sehe ich mich herausgefordert, sondern zugleich als Mensch und politischer Zeitgenosse.

Durch die diktatorisch verfügten Corona-maßnahmen wurde mein Recht auf Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit verletzt. Durch den Krieg wird mein und meiner Mitmenschen nacktes Leben und unsere Zukunft bedroht. Die lebensgefährliche und freiheitsberaubende Situation der Gegenwart literarisch zu verarbeiten, ist für mich persönlich ein befreiender Weg, heraus aus unserer persönlichen und kollektiven Bedrohung und psychischen Belastung durch Unterdrückung, Zerstörung und den Massenmord mit den Mitteln einer mit Atomwaffen ausgerüsteten Kriegsmaschinerie und todbringenden Vernichtungssorgie.

E.Z.: Eigentlich sind Sie Politikwissenschaftler. Literarisch konzentrieren Sie sich überwiegend auf Gedichte. Im Laufe der Jahre sind insgesamt zwölf Bände entstanden. Was reizt Sie an der Lyrik?

R.B.: Als Wissenschaftler schreibe ich akademische Prosa. Ich verwende eine Fachsprache, ich bemühe mich um klare Definitionen, bin bestrebt, stimmig und rational zu argumentieren, ich beziehe mich auf andere wissenschaftliche Autorinnen und Autoren, muss auf Gegenmeinungen eingehen und sie widerlegen, verwende Fußnoten, erstelle eine Bibliografie, und so weiter. Vor allem aber: Ein wissenschaftlicher Beitrag ist meist sehr lang, und er wendet sich in erster Linie an Fachkolleginnen und -kollegen. Ein Gedicht ist kurz. Die Leserschaft ist gemischt. Das Gedicht verlässt die rein rationale Ebene. Es spricht Gefühle an, Emotionen, Unter- und Unbewusstes. Es hat einiges gemeinsam mit der Musik, dem Lied. Es wurzelt in einer kulturellen, literarischen, magisch-mythischen Landschaft. Es gibt das Wort von den Wissenschaftlern auf den Schultern von Riesen. Lyriker sind wie Maulwürfe oder vielmehr wie die Sieben Zwerge, die wie es im Märchen heißt, in den Bergen nach Erz hackten und gruben. Als sie von der Arbeit nach Hause kamen, entdeckten sie das Schneewittchen – tausendmal schöner als die ob deren Schönheit neidische Königin, die dem Schneewittchen deshalb nach dem Leben trachtete. Kurz: Im Gegensatz zu den Anstrengungen des wissenschaftlichen Erzhackens ist Lyrik eine Art Heimkehr – und die Entdeckung von Schönheit.

E.Z.: In Ihren Gedichten schreiben sie alle Wörter klein und setzen sich



DW-Mitherausgeber Prof. Rudolph Bauer steht selbstbewusst für Fairness, Wissenschaft und Menschenrecht ein. Fotos: DW/ privat.

über Interpunktionsregeln hinweg. Warum? Hat das einen poetischen Grund?

R.B.: Bei der Kleinschreibung ist es wie mit den Sieben Zwergen, die sich bei ihrer Heimkehr von der Arbeit fragten: Wer hat auf meinem Stühlchen gesessen? Wer hat von meinem Tellerchen gegessen? Wer hat von meinem Brötchen genommen? Wer hat mit meinem Messerchen geschnitten? Wer hat aus meinem Becherlein getrunken? Wer hat in mein Bettchen getreten? Sodann entdeckten die Sieben Zwerge das schlafende, wunderschöne Schneewittchen.

Die Kleinschreibung und die Nichtbeachtung der Interpunktion erlauben gleichfalls überraschende Entdeckungen. Es gibt Wörter, die in ihrer Bedeutung wunderbar schillern: Zum Beispiel kann band, kleingeschrieben, das Imperfekt des Verbs binden sein. Es kann aber auch Klebe-Band, Stirn-Band, Buch-Band, Fließ-Band bedeuten. Mit fliegen kann das Verb für die fliegende Fortbewegung gemeint sein. Es kann sich aber auch um ein Subjekt, die Zweiflügler-Insekten, handeln. fliege kann ein Befehl sein oder das Wort für eine zur Querschleife gebundene Krawatte, für einen Angelköder oder ein Sternbild am Südhimmel. flügel ist ein Instrument oder der Flugapparat eines Vogels. leiter meint eine leitende Funktion oder ein Gerät zum Besteigen und Überwinden von Höhenunterschieden. Ähnlich überraschende Entdeckungen semantischer Art kommen zustande, wenn die Interpunktion fehlt: Das kannibalische wir essen jetzt opa, ist die freundliche Einladung an den Großvater: Wir essen jetzt, Opa!



E.Z.: Am Ende Ihres aktuellen Gedichtbandes steht ein Drostendramolett, in dem der deutsche Virologen-Papst interviewt wird. Was wollten Sie mit diesem Stück zum Ausdruck bringen?

R.B.: Der Virologe Drostens ist ein Schwätzer, der es zu Beginn und während der Pandemie verstanden hat, diejenigen, die seinen Ausführungen folgten, auf genial-teufliche Weise zu übertölpeln und einzulullen.

Das Dramolett enthält viele Drostens-Zitate. Deren virologisch elegant verbrämte Hohlheit ist himmelschreiend. Das Dramolett spricht für sich. Mein Part als Autor ist der eines Dokumentaristen. Ich will nichts Eigenes zum Ausdruck bringen, um Ihre Formulierung aufzunehmen, sondern das Dramolett gibt der akademischen Arroganz, fachidiotischen Borniertheit und menschenverachtenden Selbstgerechtigkeit von Christian Drostens Äußerungen eine Bühne, sich eigenwörtlich zu entlarven als neo-klerykalen Inquisition. Völlig zu Recht sprechen Sie vom Virologen-Papst, dem obersten Glaubenshüter.

E.Z.: Wer Ihre Gedichte liest, entdeckt einen Hang zu Ironie und Sarkasmus. Was gefällt ihnen an diesem Stilmittel?

R. B.: Ironie und Sarkasmus sind nicht dasselbe. Sarkasmus ist Selbstschutz, eine Form der Verteidigung gegen die vielen Denunziationen und täglichen Zumutungen, mit denen wir misshandelt werden, um klein beizugeben, um aufzugeben, um das kritische Denken einzustellen, um freiwillig überzulaufen ins Lager derjenigen, die uns steuern, lenken, gefügig machen wollen. Wir sollen Untertanen sein und Sklaven werden. Diese antihumanistische Zumutung ist ein grober Klotz, auf den meine Gedichte mit dem gleichfalls groben Keil des Sarkasmus erwidern.

Ironie hingegen ist gewitzter Angriff, subtile Attacke, Opposition mit Nadelstichen, luzide Blendung. Ironie soll einerseits entlasten und andererseits Mut machen, die Verzweiflung vertreiben, utopisch sein, anregen zum Atemholen und zum Widerstand. Wenn man Ironie und Sarkasmus als Stilmittel betrachtet, wie es in Ihrer Frage zum Ausdruck kommt, lässt sich hier anmerken, dass in meinen Gedichten einerseits Form und Inhalt dergestalt zusammenfinden und sich ergänzen. Andererseits sind die Texte dialektisch zu verstehen. Sie widersprechen der Dystopie des finster Bestehenden, um den lyrischen Blick für eine menschliche und gute Zukunft zu öffnen.

E.Z.: Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen der unabhängige Kulturjournalist Eugen Zentner. Das Interview erschien zuerst auf dessen Internetseite kultur-zentner.de. Wir danken Autor und Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.

Rudolph Bauer, geboren 1939, ist Sozialwissenschaftler, Lyriker und bildender Künstler. Bis 2002 lehrte er als Professor für Wohlfahrts-politik und Soziale Dienstleistungen an der Universität Bremen.

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDInYndGyEyWt

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:





DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 128 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 50 vom 5. Juni 2021.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



STRATEGIEN DER MACHT

Roland Rottenfuß

Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3-96789-036-5



DAS STAATSVERBRECHEN

Gunter Frank

Achgut-Edition
ISBN: 978-3-9822771-4-1



DIE GROSSE ENERGIEKRISE
...und wie wir sie bewältigen können

Fritz Vahrenholt
Langen-Müller
ISBN: 978-3784436586



GENERATION GLEICHSCHRITT
Wie das Mitlaufen zum Volkssport wurde

Ralf Schuler
Fortis
ISBN: 978-3038482604



IMPERIUM USA
Die skrupellose Weltmacht

Daniele Ganser
Westend-Verlag
ISBN: 978-3-864894138



DAS PHÄNOMEN GUÉROT
Demokratie im Treibsand

Ulrike Guérot, Matthias Burchardt
Klarsicht Verlag
ISBN: 978-3985842384



CHRONIK EINER ABRECHNUNG

Flo Osrainik

Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3982274577



DAS KONSPIRATIONISTISCHE
MANIFEST

Anonym

Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3982274591



KRIEG, TERROR, WELTHERRSCHAFT

Band 1: Warum Deutschland
sterben soll
Monika Donner
Monithor
ISBN: 978-3950331417



KRIEG, TERROR, WELTHERRSCHAFT

Band 2: Warum Deutschland
leben muss
Monika Donner
Monithor
ISBN: 978-3950331424

Wenn der Minister

Für Anselm Lenz

ein mitorganisator von demonstrationen
gegen corona-maßnahmen in Berlin sei
wegen übler nachrede gegen personen
des politischen lebens zu 4.500 euro
geldstrafe verurteilt worden

das teilte die zeitung Weser-Kurier mit
am morgen des achten november
anno zweitausendzweiundzwanzig

der verurteilte sei mitherausgeber
einer vereinszeitung (!) gewesen, auf deren
titelblatt der minister für die gesundheit des volkes
verunglimpft und angeblich höchst wahrheitswidrig
als „kokainsüchtig“ bezeichnet worden sei

welches urteil wäre indessen gefallen
hätte die minister-bezeichnung anders gelautet

wenn der minister zum beispiel
bezeichnet worden wäre als panikbesoffen
als virusbekifft und freund von pharmazeutischen
drogenbossen als Drostens drossel
und Wielers gewieher

dass man regeln wie abstand händewaschen
und alltagsmasken grundsätzlich nie hinterfragen darf

wenn der minister zum beispiel
bezeichnet worden wäre als inzidenzenverliebt
gelobt von Bill Gates ein gelernter bankkaufmann
und villenkäufer für millionen pfui
ein european young leader

geschult vom WEF als angehende führungskraft
aufstrebend als transatlantiker und bilderberg-sohn

wenn der minister zum beispiel
wie einst zum schwulsein befragt diesmal
interviewt worden wäre zum drogenkonsum
und er im magazin DER SPIEGEL als kiffer sich hätte
zu outen vermocht

welches urteil wäre gefallen wenn die person
des politischen lebens offen gestanden hätte ja ich kiffe

und das sei gut so



SPORT MIT BERTHOLD

IN BEWEGUNG SETZEN,
SCHWIMMEN LERNEN!

Die Sportförderung untersteht dem Innenministerium, es gibt in Deutschland nicht einmal einen Sportminister. Das sagt doch schon alles.

Meine jüngste Tochter war Schwimmerin. Schwimmen als Leistungssport ist eine sehr intensive und zeitaufwendige Freizeitbeschäftigung. Immer weniger Kinder können schwimmen. Bei vielen scheint das Smartphone die Hantel ersetzt zu haben.

Und wenn es regnet und schneit, dann ist die Motivation zum Fussballtraining zu gehen nicht sehr groß. Bolzplatzkinder sehe ich auch kaum mehr, das hat sicherlich auch mit der Digitalisierung zu tun.

Es muss viel mehr Geld in den Sport fließen. Die Briten führen vom staatlichen Toto & Lotto Milliarden in den Sport ab. Das wäre doch ein Ansatz. Ansonsten: Schwimmen lernen! Und raus auf die Straße!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

INFOS ZUM GEDICHT:

NB. Die kursiv gesetzten Zeilen sind wörtliche Zitate aus dem Weser-Kurier vom 8. November 2022, Seite 4.



Professor Rudolph Bauer ist Sozialwissenschaftler, DW-Herausgeber und Künstler; von 1972 bis 2002 Professor für Sozialpädagogik an der Universität Bremen.

MELDUNG

SCHAUSPIELER TIL SCHWEIGER
KRITIISIERT KLIMAKLEBER UND GRÜNE

Berlin/DW. Gegenüber Bild äußerte sich Schauspieler Til Schweiger zum Thema Klimakleber der Letzten Generation: »Das sind Vollidioten!« Auch die Grünen bekamen ihr Fett weg. Wirtschaftsminister Habeck »soll weiter Kinderbücher schreiben, hat von Wirtschaft keine Ahnung«. Nach dieser Kritik warben CDU-Politiker wie der rheinland-pfälzische Parteichef Christian Baldauf um den Schauspieler: Er sei willkommen und könne gerne Parteimitglied werden. (kmü)

DÉSIRÉE NICK MIT BREITSEITE
GEGEN DAS GENDERN

Berlin/DW. Am Rande des Musikautor*innenpreises (Eigenschreibweise/ Anm. d. Red.) der GEMA erklärte Kabarettistin Désirée Nick gegenüber dem Portal TIKonline.de: »Mit Gendern können Sie mich jagen.« Deutschlands wohl »spitzeste Zunge« bezeichnete die Sprechpausen als »Holperer« und »Stolperer«, die den Rhythmus und Sprachfluss stören. Und: »Komischerweise

kommt diese ganze militante Überwachung von Leuten, die weder Dramaturgen, noch Schauspieler, noch Regisseure, noch Sprachwissenschaftler sind. Es kommt von einer diffusen Masse, die meint, all jenen etwas mitteilen zu müssen, die eigentlich das Wort wie ein Handwerk mit einer Passion ein Leben lang studiert haben. So blöd können die Leute nicht sein, dass sie nicht wissen, wer gemeint ist.« (kmü)

DIETER NUHR FEUERT GEGEN GRÜNE,
WIRBT ABER FÜR DEN UKRAINE-KRIEG

Berlin/DW. Dieter Nuhr war einst Gründungsmitglied der Grünen. Nun verteidigte der Kabarettist in der Sendung »Maischberger« einen früheren Witz über die Körperfülle von Parteichefin Ricarda Lang: Er habe einfach Zweifel an deren Expertentum »in Ernährungsfragen«. Seine Meinung zum Ukraine-Krieg habe der 62-Jährige inzwischen geändert: Gehörte er im Mai 2022 noch zu den Unterzeichnern eines offenen Briefes von Prominenten um Initiatorin Alice Schwarzer, in dem Kanzler Scholz aufgefordert wurde, keine schweren Waffen an die Ukraine zu liefern, sagt er nun: »Heute halte ich die Forderung nach Verhandlungen für völlig unreal, weil mit wem soll man verhandeln?« Zudem

bemängelte er die Debattenkultur in der Bevölkerung: »Wir sind ganz schnell dabei, Diskussionen abzuwürgen, indem wir einen richtigen Standpunkt ausrufen und jede Abweichung davon ist verrückt.« Dies habe er bereits während der Corona-Pandemie beobachtet und ein schlechtes Gefühl gehabt bei der »Art, wie mit abweichenden Meinungen umgegangen wurde«. Nuhr selbst äußerte noch 2021 Unverständnis für Skeptiker der sogenannten Corona-Impfung. (kmü)

LISA ECKHART SPOTTET
ÜBER DENUNZIANTEN

Berlin/DW. In der ARD-Comedyshow »Nuhr im Ersten« machte sich die österreichische Kabarettistin Lisa Eckhart bei ihrem Auftritt über Denunzianten lustig: »Vielleicht haben Sie das mitbekommen? Es gibt jetzt eine Meldestelle für antifeministisches Verhalten. Mein Mann ist seit her nicht mehr derselbe. Er redet gar nicht mehr mit mir. Stattdessen hängt er nur am Handy, um mich bei denen zu verpetzen. Aber solche Meldestellen sind wichtig. Der Wegfall der Corona-Regeln hat bei vielen ein Loch gerissen. Die Denunzianten dieses Landes wissen nicht mehr, was sie anzeigen sollen.« (kmü)

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unab abschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDE SIEG
ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 129 erscheint am Samstag 15. April 2023!

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME	_____
TELEFON + E-MAIL	_____
STRASSE, HAUSNUMMER	_____
POSTLEITZAHL UND ORT	_____

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin